

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- Zuckermarkt, Nordzucker, Zucker- und Rübenpreise
- Grünlandtagung in Leer: Referate und Positionen
- Umstellung eines Schweine-Betriebs auf Bio
- FAKT zu Blut-Zapfen und Föten-Tötung bei Stuten zur Hormongewinnung
- Positionen zu den Ergebnissen des G20-Gipfels und zu Afrika
- Neoliberaler AGCO-Chef Richenhagen zu Trump und zu Afrika-Plänen
- Veranstaltungshinweise und Links

Diesmal ganz besonders wichtig: der beruhigende Hinweis, dass man zwar alles lesen darf, aber nicht muss – auch Durchblättern ist erlaubt und erwünscht...

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 10.7.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

Berliner Morgenpost – 30.6.2017 – Hanna Gersmann:

Zuckerschock auf dem Land

Über Jahrzehnte bekamen Bauern einen künstlichen hoch gehaltenen Preis für ihre Zuckerrüben. Damit ist bald Schluss

Berlin. Eigentlich hätte Jürgen Winter Grund zur Freude: Die günstige Wetterlage wird dem Zuckerrübenbauer aus Bohlsen im niedersächsischen Landkreis Uelzen wohl eine reiche Ernte bringen. Und weil er eine neue Züchtung anbaut, wird sein Ertrag noch größer ausfallen als in den vergangenen Jahren: 100 Kilo Rüben geben mittlerweile 18 Kilo Zucker.

Doch eines ist anders: Für die Rüben, die auf Winters Feld derzeit so üppig wachsen, bekommt er erstmals nicht mehr den staatlich garantierten Preis von 26,29 Euro pro Tonne. Stattdessen ist der Preis Verhandlungssache. Jeder der vier Zuckerproduzenten in Deutschland – Nordzucker aus Braunschweig, Südzucker aus Mannheim, Pfeifer & Langen aus Köln sowie die in den Niederlanden ansässige SuikerUnie – handhaben das unterschiedlich. "Wir bekommen in jedem Fall weniger für die Rübe", sagt Winter. Pro Tonne rechnet er im Schnitt mit 22,50 Euro.

Der Grund: Jahrelang garantierte die Zuckermarktordnung der Europäischen Union den Bauern Mindestpreise und Schutz vor billigen Importen. Doch ab kommenden Oktober gilt diese nicht mehr. Dann legt Brüssel keine Quoten mehr für die Rübenernte eines Jahres fest. Das heißt: Die Bauern dürfen so viel anbauen, wie sie wollen, und die Zuckerhersteller dürfen erstmals in großem Stil exportieren. Dafür

müssen sie sich dann aber im Markt behaupten. Grund für die Änderungen ist auch ein Kampf, den sich Zuckerproduzenten und die Zucker verarbeitende Industrie jahrelang lieferten. Die Hersteller von Limonade oder Fruchtgummis haben sich über das europäische Rübenreglement geärgert. Die Nahrungsmittelkonzerne wollten lieber auf dem Weltmarkt einkaufen. Denn Zucker aus Rohr, der vor allem aus Brasilien kommt, ist billiger als die Rüben.

Nicht alle Bauern würden sinkende Preise verkraften

Auch die Welthandelsorganisation WTO störte sich am Schutzzaun für die deutschen Bauern. Und der Europäische Rechnungshof rechnete im Jahr 2001 vor, dass die europäischen Verbraucher durch die überhöhten Preise 6,6 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich zahlten.

Seither wurde an den Zuckervorgaben gedreht. Und nicht alle Bauern konnten mithalten. Gab es im Jahr 2005 laut Bauernverband noch 50.000 Landwirte, die Rüben anbauten, sind es heute nur noch gut die Hälfte. Das hängt auch mit dem grundsätzlichen Wandel auf dem Land zusammen. Vor allem kleine und mittlere Höfe machen dicht.

Bauer Winter gehört mit 300 Hektar Land zu den Großen in seiner Region. Er baut wie die meisten nicht nur Rüben, sondern auch Kartoffeln und Getreide an. Dieses Jahr wächst die Anbaufläche Zucker liefernder Pflanzen bereits auf 60 Hektar, im nächsten Jahr wolle er die Rübenfläche noch mal vergrößern, sagt er. Masse soll den geringeren Preis wettmachen.

Winter prophezeit: "Derzeit werden 16 Millionen Tonnen Zucker in der EU verbraucht und 18 Millionen produziert, bald werden es aber wohl 20 Millionen Tonnen sein." Der Überschuss werde für den Weltmarkt produziert. Das dürfte den Preis ordentlich drücken.

Siehe auch:

<https://www.welt.de/wirtschaft/article161620224/Warum-der-Zuckerpreis-bald-deutlich-sinken-koennte.html>

<https://www.agrarheute.com/news/weltweiter-zuckerueberschuss-versus-sinkender-eu-zuckerbestaende>

Pressemitteilung

Rübenanbauern drohen Verhältnisse wie im Milch- und Schweine-Bereich

AbL warnt vor ruinöser Überschuss- und Billigproduktion auf dem Zuckermarkt

Nach dem Ende der Zucker-Marktordnung drohen den europäischen Rübenbauern nach Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ähnlich ruinöse Verhältnisse wie den Milch- und Schweinebauern. Der AbL-Landesverband

Niedersachsen/Bremen verweist darauf, dass ab 2017 die bestehenden Mengenbegrenzungen und die Mindestpreise bei Zuckerrüben wegfallen werden. Die Zuckerkonzerne setzten verstärkt auf Verdrängungskampf, Überschussproduktion und Weltmarkt-Export und wollten dafür billige Rüben. AbL-Vertreter Eckehard Niemann forderte die Rübenbauern auf, ihre Interessen gegenüber den Zuckerkonzernen durch konzernunabhängigere und konzernübergreifende Anbauer-Verbände zu verteidigen.

Die AbL verweist auf die diesjährigen Verhandlungen der Rübenanbauer mit den Zuckerfabriken über die künftigen Rübenpreise und Transportkosten-Erstattungen – dabei sei überdeutlich geworden, wie weit die Interessen von Landwirten und Zuckerfabrik-Managern auseinander lägen. Die Zuckerfabriken bestimmten zunehmend darüber, mit welchen Rübenanbauern in welchen Regionen sie noch Anbauverträge abschließen würden und zu welchen Konditionen. Die Zuckerkonzerne wollten noch niedrigere Rübenpreise, um billige Zuckerüberschüsse zu produzieren und diese in Drittländer außerhalb der EU zu exportieren – in ruinöser Konkurrenz mit Zuckerkonzernen aus den USA oder Brasilien. Durch die angestrebte Intensivierung und die Niedrigpreise drohe auch ein Ende der bisherigen EU-Standards im Rübenbau, vor allem der Anbau gentechnikfreier Rübensorten.

Laut AbL arbeiten viele europäische Zuckerkonzerne zudem aktiv daran, von der Belieferung durch hiesige Rübenbauern unabhängiger zu werden – durch Investitionen in Zuckerersatzprodukte, Beteiligungen an Rohrzuckerkonzernen und durch den Bau von Zuckerfabriken in afrikanischen oder asiatischen Ländern. Die dafür perspektivlos aufgewandten Gelder fehlten den Rübenbauern auf ihren Höfen und auch den Kleinaktionären.

Die Beteuerungen der Zucker-Manager einer angeblichen Partnerschaft zwischen Rübenbauern und Zuckerfabriken bezeichnet AbL-Vertreter Niemann als „leeres Gerede“, wie sich bei den diesjährigen Preisverhandlungen überdeutlich gezeigt habe. Dies gelte auch für früher genossenschaftliche Unternehmen wie Nordzucker AG oder Südzucker AG, in denen Bauern und auch Kleinaktionäre kaum noch Einfluss hätten. Wichtig seien jetzt starke Interessenverbände der Rübenbauern, die aber nicht von Rübenkonzernen abhängig oder finanziert sein dürften und die konzernübergreifend die bäuerlichen Interessen gegen die großen Player auf dem EU-Zuckermarkt verteidigten: nämlich Südzucker, Nordzucker, Tereos, British Sugar, Cristal Union, P&L, Royal Cosun und PolskiCukier.

Hierbei könnten die Rübenbauern auch auf gesellschaftliche Unterstützung setzen, wenn es um eine faire Entlohnung der Arbeit von Bauern und Beschäftigten der Zuckerindustrie gehe und gegen Gentechnik, TTIP-Freihandelsabkommen oder gegen die Verdrängung von Bauern in armen Ländern des Südens.

3.170 Zeichen – 02.06.2015

HAZ – 7.7.2017 – jen:

Schadensersatzansprüche

Aktionäre kündigen Klage gegen Nordzucker an

Aktionäre der Nordzucker AG fordern Klarheit über die Höhe möglicher Schadensersatzansprüche von Kunden. Auf der Hauptversammlung am Donnerstag wollten sie die Bestellung eines Sonderprüfers gerichtlich erzwingen. Doch der Antrag ist gescheitert und nun soll es eine Klage beim Landgericht geben.

... Das Bundeskartellamt hat 2014 gegen Südzucker, Pfeifer & Langen sowie Nordzucker Geldbußen unter anderem wegen Gebietsabsprachen von insgesamt 280 Millionen Euro verhängt. Die Kartellstrafe hat eine Prozesslawine ausgelöst. Mittlerweile klagen mehr als 35 Abnehmer des Zuckerkartells auf Schadensersatz – bundesweit soll sich die geltend gemachte Summe auf mehr als 500 Millionen Euro belaufen. Gegenüber dem Kartellamt haben Industriekunden von erheblichen Preissteigerungen und zeitweisen Versorgungsengpässen berichtet.

Die Hersteller bezweifeln hingegen grundsätzlich, dass es ohne Gebietsabsprachen niedrigere Preise gegeben hätte – wie hoch sie das Schadensersatzrisiko einstufen, verraten die Unternehmen nicht. Man habe in angemessener Weise Vorsorge getroffen, heißt es bei Nordzucker lediglich.

Damit wollen sich einige Kleinaktionäre nicht zufriedengeben. Darum soll ein Sonderprüfer herausfinden, ob und in welcher Höhe dem Unternehmen „durch die geahndeten Preisabsprachen und infolgedessen an Kunden geleisteten Schadensersatz sowie Preisnachlässe ein Vermögensschaden entstanden ist oder voraussichtlich entstehen wird“, wie es in dem Antrag hieß.

... Der Antrag wurde mit 99,9 Prozent der Stimmen abgelehnt – knapp 94 Prozent der Anteile liegen bei den Großaktionären Nordzucker Holding und Union-Zucker Südhannover. ...

Elbe-Jeetzel-Zeitung – 4.7.2017:

DIALOGVERANSTALTUNG ZWISCHEN LANDWIRTEN UND BÜRGERN GESCHEITERT

Tour de Flur: Bauern blieben unter sich

Penkefitz. Am Ende wurde nichts aus der Idee. Bei der Tour de Flur hatten die Landfrauen und der Bauernverband Nordostniedersachsen für Sonntag eine Fahrradtour organisiert...

Saatguturteil des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe:

BGH-Urteil schafft keine Klarheit

Landwirte kämpfen weiter um Nachbaurecht

Karlsruhe/Berlin/Hamm, den 5. Juli 2017. „Wir nehmen das aktuelle Urteil des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe zur Erfassung von Pflanzensorten und Kundendaten zur Kenntnis. Es schafft im jahrelangen Streit um das bäuerliche Recht auf Nachbau von Saatgut leider keine Klarheit“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der Interessengemeinschaft Nachbau in einer erneuten Stellungnahme.

Von Nachbau spricht man, wenn die Landwirte einen Teil ihrer Ernte zurück behalten und ihn im nächsten Jahr wieder zur Aussaat bringen, um eine neue Ernte zu erzielen.

Janßen weiter: „Die Karlsruher BGH-Richter haben entschieden, dass Saatgut-Aufbereiter, die die Reinigung und eventuelle Beizung des Saatguts übernehmen, nach der Saatgut-Aufzeichnungsverordnung die Sorte und die Kundendaten der Landwirte erfassen müssen. Dies gilt auch für Nachbauseaatgut (BGH-Urteil vom 27. April 2017-I ZR 215/15), so die BGH-Richter. Die Daten sind für eine behördliche Überwachung der Verwendung des Saatguts zur Verfügung zu stellen. Die BGH Richter hatten hingegen nicht die Frage zu entscheiden, ob die Aufbereiterdaten an Dritte weiter gegeben werden dürfen. Für den Fall, dass Landwirte dem Aufbereiter die Namen der Sorten genannt haben und die Saatgut-Treuhandverwaltung (STV) im Auftrage der Pflanzenzüchter Anhaltspunkte rechtzeitig für diese Sorten vorlegt, müsste dann der Aufbereiter die Kundendaten allerdings auch an die STV weiter geben. Die STV benutzt diese Daten, um neben der beim Kauf des Saatgutes gezahlten Züchterlizenzgebühr zusätzlich Nachbaugebühren von den Landwirten zu erlangen, wogegen sich Landwirte seit Jahren wehren. Das BGH-Urteil lässt aber Möglichkeiten für die Landwirte: So gilt es nicht bei Saatgutmischungen, während für freie Sorten - Sorten, die im Sortenverzeichnis der STV nicht enthalten sind - zwar die Aufzeichnungspflicht gilt, aber die STV kein Recht hat, diese Informationen vom Aufbereiter zu erhalten und sich auf diese berufend Nachbaugebühren von den Landwirten zu verlangen. Das Urteil hat auch keinen Bestand bei Landwirten, die selbst Aufbereitungsanlagen betreiben, so die Rechtsauffassung der IG Nachbau.

Es ist für uns ein Unterschied, ob z.B. unser geerntetes Getreide nach der Reinigung eines Aufbereitungsunternehmens in den gewerblichen Verkehr gebracht wird oder ob unser vom Aufbereitungsunternehmen gereinigtes Getreide für eine Neuaussaat oder für die Fütterung der Tiere auf unsere Höfe zurückkehrt, also in unserem Eigentum bleibt. Diesen elementaren Unterschied hat die Wettbewerbskammer des BGH überhaupt nicht gesehen. Die IG Nachbau wird die Auseinandersetzung um das bäuerliche Recht auf Nachbau von Saatgut weiter auf politischem und rechtlichem Wege führen.“

V.i.S.d.P.: Georg Janßen, AbL-Büro Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg.
Telefon: 04131- 40 77 57 mobil: 0170- 49 64 684
Rechtsanwalt Jens Beismann, Beratung und rechtliche Vertretung der IG
Nachbau.
Telefon: 0511-22 88 66 30 mobil: 0162- 42 38 758

AbL – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Bundesgeschäftsstelle
Bahnhofstraße 31
59065 Hamm/Westfalen
Tel.: 02381-9053 171
Fax: 02381-4922 21
info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

GRÜNE NIEDERSACHSEN

Wiesen & Weiden in Niedersachsen nutzen und schützen

Grünlandtagung in Leer am 13. Mai 2017

Mit der Bewirtschaftung von Grünland erbringen Weidetierhalterinnen und – halter in Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von Natur und Landschaft. Gleichzeitig wächst jedoch die Herausforderung, ökonomische und ökologische Ziele der Grünlandnutzung miteinander in Einklang zu bringen, denn die Situation am Milchmarkt ist nach wie vor angespannt. Wie können die wertvollen Leistungen einer nachhaltigen Grünlandnutzung wie der Artenerhalt, der Grundwasserschutz und der Klimaschutz gestärkt werden? Welche Rahmenbedingungen braucht die Weidehaltung? Was muss Politik aus Sicht der Landwirtschaft und des Naturschutzes leisten, um die Grünlandnutzung wirtschaftlich und ökologisch zukunftsfähig zu machen? Diese und weitere Fragen wurden im Rahmen der Grünlandtagung am 13. Mai 2017 im Miniaturland in Leer diskutiert.

[Begrüßung – Anja Piel, Fraktionsvorsitzende](#)

[Begrüßung – Hans-Joachim Janßen, agrarpolitischer Sprecher](#)

[„Grünlandnutzung im Spannungsfeld – Wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Herausforderungen einer zukunftsfähigen Grünlandnutzung“ – Dr. Arno Krause, Grünlandzentrum Niedersachsen-Bremen](#)

[Nutzen und Herausforderungen einer zukunftsfähigen Grünlandwirtschaft aus Sicht der Milchviehalter – Peter Habben, Milchviehalter und BDM](#)

[Nutzen und Herausforderungen einer zukunftsfähigen Grünlandwirtschaft aus Sicht des Artenschutzes – Biodiversitätsstrategien“ – Gisela Wicke, NLWKN](#)

[Was kann Politik leisten? Handlungsstrategien und Maßnahmen des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums – Christian Meyer, Niedersächsischer Landwirtschaftsminister](#)

„Milchkühe sind mindestens so systemrelevant wie Banken und müssen gerettet werden!“ leitet Christian Meyer, niedersächsischer Landwirtschaftsminister seinen Redebeitrag ein. Während es in Bayern vor allem Anbindehaltung gäbe, sei Niedersachsen das Land mit der meisten Weidehaltung. Dies solle auch so bleiben. Die Förderung für Grünland wurde daher vom Land Niedersachsen angehoben. Er bedanke sich bei den Landwirten, dass diese dieses Programm und auch sonstige Förderangebote für eine nachhaltige Grünlandwirtschaft nutzten. Diese Förderung könne jedoch auch nicht die eklatanten Probleme der Milchwirtschaft ausgleichen, die systembasiert sind. Trotz 15% höherer Milchmenge habe man 20% weniger Betriebe. Dies verdeutliche den Strukturwandel, der seine Ursache in einer verfehlten Milchpolitik der Bundesregierung hat. Niedersächsische Milchbäuerinnen und -bauern hätten 1,8 Milliarden Euro Verlust pro Jahr in der jüngsten Krise ertragen müssen. Dies sei auch ein Verlust der Wertschöpfung im ländlichen Raum! Eine höhere Inwertsetzung der Milch kann nur über eine andere Ausrichtung in der Milchpreispolitik erfolgen. Grüne Minister*innen setzen sich daher für eine flexible Mengensteuerung auf EU-Ebene ein. Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt lehnt dies jedoch ab, da sich der Markt allein regeln könne. So könne es jedoch nicht weitergehen. Deshalb müsse man ein gesellschaftliches Bündnis schließen. Das vom Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium initiierte Weidemilchprogramm macht das.

Einen enormen wirtschaftlichen Nachteil für die Weidetierhalter*innen konnte das Land Niedersachsen in seinen Verhandlungen zur Düng-VO gerade noch abwenden. Seitens des Bundes war ursprünglich geplant, die Düngungsanrechnung durch Weidegang deutlich zu erhöhen. Das jedoch hätte die falschen getroffen. Denn das Problem der Nitratbelastung sei ja wohl nicht der Weidetierhaltung anzulasten, sondern rühre vielmehr aus dem hohen Wirtschaftsdüngeraufkommen der Massentierhaltung. Grünland müsse in Wert gesetzt werden. Dafür kämpften die Grünen. Dabei setzen sie Anreize. Die Grünen trieben hier das gesellschaftliche Bündnis voran, um die Grünlandnutzung wirtschaftlich und ökologisch zukunftsfähig zu machen. Er freue sich daher sehr über die Tagung als ein Forum, zu diesen wichtigen Themen den Austausch führen zu können.

[Handlungsstrategien und Maßnahmen des Niedersächsischen Umweltministeriums – Stefan Wenzel, Niedersächsischer Umweltminister](#)

[Agrarpolitische Instrumente zur Grünlanderhaltung – vom Greening bis zu Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen – Bernhard Osterburg, Thünen-Institut \(TI\)](#)

[Wiesenvogelschutz – So kann´s gehen? Modellbeispiel aus der Krummhörn – Heiko Ringena, Milchviehhalter und Michael Steven, Ökologische NABU-Station Ostfriesland](#)

Fotos der Veranstaltung

Podiumsdiskussion

mit **Christian Meyer (Niedersächsischer Landwirtschaftsminister)**, **Stefan Wenzel (Niedersächsischer Umweltminister)**, **Tilman Uhlenhaut (BUND)**, **Michael Steven (NABU)**, **Erich Hinrichs (LHV)**, **Ottmar Ilchmann (AbL)**;
Moderation: **Hans-Joachim Janßen, agrarpolitischer Sprecher**

Als Kernfrage wurde auf dem Podium diskutiert, unter welchen Bedingungen sich ökonomische und ökologische Anforderungen an eine zukunftsfähige Grünland- und Weidewirtschaft miteinander vereinbaren lassen. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Weidewirtschaft diskutierten die Podiumsteilnehmer unter anderem über die wirtschaftlich angespannte Situation der Milchviehhaltung und deren Ursachen.

Erich Hinrichs, Präsident des LHV mahnte, Landwirte müssten sich auf den Agrarmärkten auch künftig auf Volatilität einstellen und dass Landwirte hier Optimismus bräuchten. Für die Zukunft besorgten neue Auflagen aus dem Umwelt- und Klima- und Tierschutz die Milchviehhalter jedoch noch heftiger als volatile Märkte. Beispielhaft nannte er notwendige Investitionen in Gefolge der neue Dünge-VO für bodennahe Ausbringtechnik und mehr Lagerraum, aber auch eventuell dramatische Investitionskosten für die Silagelagerung oder im Zuge der Umsetzung der NEC-Richtlinie. Die Investitionskosten lägen für jeden Milchviehhalter deutlich im sechsstelligen Bereich. Die erhöhten Festkosten würden betriebswirtschaftlich die Optima in Richtung höherer Intensität bei der Milchleistung verschieben. Dies begünstige tendenziell dann die Stallhaltung. Bei der Weidehaltung lägen die variablen Kosten zwar niedriger. Die hohen Deckungsbeiträge, um die Festkosten aufzufangen, seien mit Weidehaltung meistens nicht zu erzielen. Deshalb forderte Hinrichs von der Politik Augenmaß bei der Einführung neuer kostenträchtiger Auflagen und die Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Milchviehhalter. Das Label für Weidemilch wertete Hinrichs als ersten wertvollen Schritt zur Unterstützung der Weidewirtschaft. Bei der Realisierung von Mehrerlösen sei man jedoch noch ganz am Anfang.

Ottmar Ilchmann stimmte Hinrichs insoweit zu, dass die Milchviehhalterinnen und –halter in der wirtschaftlich angespannten Situation durch Umweltauflagen zusätzlich belastet würden. Er betonte jedoch nachdrücklich, dass in diesen Kosten nicht die Ursache für die Milchkrise läge. Die Ursache läge vielmehr in der Volatilität des Weltmarktes, der die Milchbäuerinnen und –bauern nicht standhalten könnten. So habe es bei der Milch nach Aussage von Landvolkpräsident Hinrichs seit dem 2. Weltkrieg keine Vollkostendeckung mehr gegeben. Um dies Missverhältnis auszugleichen, versuche jeder Landwirt für sich, seine Kosten zu optimieren. Dies

führe jedoch nur zu weiteren Rationalisierungen samt negativer Umweltfolgen. Es müsse sich etwas an der Erlössituation ändern. Daher ginge kein Weg an einer Milchmengenregulierung im Krisenfall vorbei, damit die Milchpreise steigen. Anderenfalls ginge das Höfesterben weiter!

In Bezug auf die Belastung der Landwirte durch Umweltauflagen verwies **Tilman Uhlenhaut**, Referent für Landwirtschaft vom BUND, auf die Erfordernis, drängenden Umweltprobleme nicht auszublenden, bis die Milchkrise vorbei sei, zumal diese schon seit vielen Jahren bekannt sind. Ein Aussetzen von Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen könne sich die Gesellschaft angesichts drängender Umweltprobleme nicht leisten. Er gab zu bedenken, dass Instrumente des Natur- und Umweltschutzes weiterentwickelt werden müssten, um den aktuellen ökologischen und ökonomischen Herausforderungen gerecht zu werden und dass der Anpassungsprozess mitunter zu lange dauere. Er betonte die wichtige Rolle des Dialoges zwischen Landwirtschaft und Naturschutz, allerdings müssen die gesetzlichen Leitplanken so gestaltet werden, dass der Schutz der Umwelt im Vordergrund steht. Der BUND stehe hierzu beispielsweise innerhalb des Agrarbündnisses im Austausch.

Christian Meyer, Niedersächsischer Landwirtschaftsminister, verwies darauf, dass allein letztes Jahr 5.000 Betriebe aufgegeben haben. Dies sei nicht den Umweltauflagen, sondern vielmehr den geringen Preisen landwirtschaftlicher Erzeugnisse geschuldet. Allein der Milchpreis hatte sich faktisch halbiert und fast 2 Milliarden Euro weniger Einkommen für die Milchbauern bedeutet.

Stefan Wenzel, Niedersächsischer Umweltminister betonte hierbei das Erfolgskonzept von „Klasse-statt-Masse“. Nur durch die Ausrichtung auf Qualität, wäre das Produktsiegel „Made-in-Germany“ so erfolgreich geworden. In einer qualitätsorientierten Produktion sieht **Wenzel** auch wirtschaftlich gute Chancen für die deutsche Landwirtschaft. Auch stimmte er Uhlenhaut zu, dass Wasser- und Artenschutz nicht verhandelbar sind, da beide existenzielle Allgemeingüter darstellen, die zum einen nicht oder kaum bzw. nur unter exorbitant hohen Kosten wieder herstellbar sind, sobald sie zerstört sind. Dies sei der Gesellschaft nicht vermittelbar.

Hinsichtlich eines effektiven Artenschutzes auf Grünland wurden Ursachen der geringen Aufzuchterfolge bei Bodenbrütern auf Grünland diskutiert. Als wichtig und bis vor wenigen Jahren unterschätzt nannte **Michael Steven** von der Ökologischen NABU-Station Ostfriesland hier die Rolle von Beutegreifern für die geringen Aufzuchterfolge. Hierbei müssten die Lebensräume für Raubsäuger möglichst unattraktiv und damit deckungsarm und nass gestaltet werden. Hohe Bodenwasserstände seien in vielerlei Hinsicht ein Schlüssel für einen erfolgreichen Wiesenvogelschutz. Auch Weidehaltung senke das Prädationsrisiko für die Wiesenbrüter. Um die Wiesenvogelarten nicht in den nächsten Jahren gänzlich zu verlieren, komme man wohl auch nicht um andere Maßnahmen des Prädationsmanagements wie die Bejagung und den Einsatz von Prädationsschutzzäunen herum. Die Landkreise und das Land seien in der Pflicht, zu handeln. Derzeitige Agrarumweltmaßnahmen seien zudem viel zu unflexibel und zu ineffizient, um den existenzbedrohlichen Populationsverlusten bei Wiesenbrütern und Co. etwas entgegen setzen zu können. Während Untersuchungen unterschiedlicher Studien laut **Michael Steven** vor allem auf den Fuchs als Hauptprädator hindeuten,

sahen einige Landwirte unter den Tagungsgästen nach eigenen Beobachtungen auch in der Krähe einen entscheidenden Beutegreifer bei Bodenbrütern.

Einen Schwerpunkt in der abschließenden Podiumsdiskussion nahm die wirtschaftliche Beeinträchtigung einiger Grünlandbetriebe durch Gänsefraßschäden ein, von denen das zum Landkreis Leer gehörende Rheiderland in Niedersachsen am stärksten betroffen ist. Aber auch Gebiete wie die Wesermarsch haben besonders hohe Verluste durch Gänsefraßschäden zu verzeichnen. **Erich Hinrichs**, LHV-Präsident weist darauf hin, dass das Gänseproblem nach wie vor ungelöst sei und dass das aktuelle Gänsemanagement unzureichend sei. Weidetierhalterinnen und -halter aus dem Publikum bestätigten dies. Ein Landwirt unterstrich hier die Verantwortung der Landesregierung. **Stefan Wenzel**, Niedersächsischer Umweltminister betonte in diesem Kontext, dass über das Programm „Nordische Gastvögel“ bereits 7 Mio. € bereitgestellt würden. Zudem prüfe das Niedersächsische Umweltministerium, ob die Gelder auskömmlich seien. Um die Mittel tatsächlich an die Betroffenheit anzupassen, soll es künftig das Rastspitzenmodell auch auf Grünland geben. **Hans-Joachim Janßen**, Sprecher für Agrarpolitik sprach sich dafür aus, dass man bei dem Programm Nordische Gastvögel noch etwas drauflege, zumindest solange, bis man wisse, wie hoch der Rastspitzenausgleich auf Grünland tatsächlich sein müsse. Wenn man Geld von der 1. In die 2. Säule der GAP umschichte, hätte man auch die Möglichkeit, mehr Entschädigungen zu zahlen. **Christian Meyer**, Niedersächsischer Landwirtschaftsminister begrüßte das Rastspitzenausgleichsmodell, da dies auch eine Ausgleichszahlung außerhalb der Schutzgebietszonen ermögliche.

Um gezielt Maßnahmen zum Ressourcenschutz zu finanzieren, wurde die Umschichtung von Direktzahlungsgeldern aus der 1. Säule der GAP in die 2. Säule aus dem Publikum angemahnt. Ein weiterer Zuschauer fragte **Erich Hinrichs** als Vertreter des Deutschen Bauernverbandes in diesem Kontext, warum sich der Bauernverband gegen eine Umschichtung von der 1. In die 2. Säule einsetze. Hinrichs begründete dies damit, dass die Mittel der 2. Säule seien gegenüber der letzten Förderperiode durch die Umschichtung von 4,5 % bereits erhöht worden und dass viele der Gelder in der 2. Säule nicht unmittelbar an Landwirtschaftliche Unternehmen gingen, sondern auch für andere Bereiche im Ländlichen Raum eingesetzt würden. Dieses Geld fehle dann den Landwirten unmittelbar bei ihren Einkommen. **Ottmar Ilchmann**, Vorsitzender der AbL Niedersachsen, erläuterte, die AbL sei dafür, 15% in die 2. Säule zu stecken. Das Geld dürfe jedoch nicht in den Breitbandausbau und Co fließen, sondern müssen vor allem einer anderen Tierhaltung zugutekommen. Auch vertrete die AbL die Position, 30% der Direktzahlungen auf die ersten 46 Hektar zu legen, um damit kleinere Betriebe zu fördern und dabei zu verhindern, dass die Zahlungen an die Verpächter gehen. Sie müssen direkt dem Flächenbewirtschafter zur Verfügung stehen. Wenn es die Direktzahlungen weiterhin geben solle, müssen diese qualifiziert werden.

Zusammenfassung und Verabschiedung – MetaJanssen-Kucz, MdL

MetaJanssen-Kucz, Vorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen in Niedersachsen bedankt sich bei allen Teilnehmer*innen für die engagierten und konstruktiven Beiträge. Zusammenfassend stellt sie fest, dass hier ein guter Gesprächsfaden aufgenommen wurde, der fortgesetzt werden müsse. Es ginge darum miteinander zu reden, um gemeinsam zu Lösungen zu kommen, die für alle tragfähig seien.

ISN - 07.07.2017 :

Was erwartet einen Betrieb bei der Umstellung auf Biohaltung? - Junge ISN zu Gast bei zu Gast bei Jan Spliethofe

Die diesjährige Ausgabe der Exkursionsreihe Junge ISN zu Gast bei Freunden führte 25 Mitglieder der Jungen ISN zum Bioland-Betrieb von Jan Spliethofe ins Münsterland. Dort konnte der jüngst von konventioneller auf biologische Haltung umgestellte Betrieb besichtigt werden. Zu intensiven Diskussionen regte auch ein Kurzvortrag von Jörg Penk zur Umstellung auf die Öko-Haltung an.

Von 350 konventionellen auf 75 Bio-Sauen

Der 33-jährige Landwirt Jan Spliethofe hat sich dazu entschieden seinen Sauen- und Ackerbaubetrieb von konventioneller auf ökologische Haltung umzustellen. Vor der Umstellung bewirtschaftete Jan einen Betrieb mit 350 Sauen. Aufgrund von anstehenden Renovierungen, Verlust der Mästeranbindung und dem schlechten Absatz von kleinen Ferkelpartien auf dem freien Markt, stand die Überlegung im Raum, den Betrieb mit der Umstellung auf Biohaltung umzustrukturieren und weiterzuentwickeln.

Abnahmegarantie - Große Entscheidungshilfe und gleichzeitig Abpufferung des Risikos

Deutlich zur Umstellungsentscheidung beigetragen hat der Abnahmevertrag, der ihm von der Fleischwerk Rasting GmbH, dem Fleischwerk der Edeka Rhein-Ruhr, angeboten wurde. Rasting kooperiert bei Bio-Schweinefleisch mit der Edeka-Südwestfleisch. Diese beiden Fleischwerke nehmen die gesamten Bioschweine zum Festpreis über fünf Jahre ab. Die Produkte werden an die Märkte im Absatzgebiet der EDEKA Rhein-Ruhr und Edeka Südwest ausgeliefert.

Inzwischen wirtschaftet er nun seit einem halben Jahr ökologisch nach Maßstab des Bioland-Verbandes und hält 75 Sauen im geschlossenen System. Durch die Umstellung wurden Umbauten der Altgebäude nötig. Der alte Abferkelstall wurde umgestaltet und die Abferkelbuchten bekamen kleine Ausläufe. Auch die Ferkelaufzuchtställe wurden umgebaut. Neu gebaut wurde eine freigetragene Halle, die als Maststall genutzt wird.

Wenn ein Ferkel schreit sollte man schon gut aufpassen, wo die Sau ist

Der Betrieb wird im 40-Tage-Rhythmus mit 6-8 Sauen pro Abferkelgruppe gefahren, da eine Säugedauer von 6 Wochen vorgeschrieben ist. Die Ferkel werden mit 11-12 kg abgesetzt.

Seit ich meine Sauen auf Bio umgestellt habe, habe ich sie noch viel besser kennen gelernt, kommentiert Jan. Neben der vorgeschriebenen Stroheinstreu wird noch Raufutter zugefüttert, die Sauen bekommen zur Geburt außerdem einen Jutesack als Nestbaumaterial. Bei einigen Sauen ist der Nestbauinstinkt so stark ausgeprägt, dass sie schon versucht haben die Lamellen, die vor den Türen zum Auslauf hängen, abzureißen.

Im Zuge der Umstellung wurde die Sauen- und Ebergenetik (Hypor x PIC) nicht geändert. Zu den Selektionsentscheidungen zählen nun zusätzlich zur Leistung vor allem die mütterlichen Eigenschaften, das Abliegeverhalten und das Verhalten gegenüber dem Menschen.

Die Hauptarbeiten im Stall sind Tierkontrolle und Misten räumt Jan ein. Trotz der Mistachsen in den Ausläufen, die mit dem Hoflader abgeschoben werden, ist es viel Handarbeit im Stall.

Im Anschluss an die Führung durch die Schweineställe ging es noch aufs Feld – Hier sehen wir die mechanische Spritze scherzte Jan und zeigte seinen neuen Striegel, mit dem er Beikräuter mechanisch bekämpft. Seine Fruchtfolge beinhaltet Winterweizen, Wintertriticale, Mais – welcher als CCM verfüttert wird, Hafer, Erbsen und Klee gras.

Die Beste Entscheidung für den Betrieb

Die Umstellung meines Betriebes war für mich die beste Entscheidung, da die Rahmenbedingungen für meinem Betrieb stimmten. Die Flächenausstattung, die Umbaumöglichkeiten, der Abnahmevertrag mit der Rasting GmbH – alles passt zusammen. Vor allem macht mir die Arbeit an sich so auch mehr Spaß. Insgesamt gibt es mehr Luft, Platz und Bewegung für die Tiere und für mich. - Dieser Zusammenfassung bleibt nicht mehr viel hinzuzufügen, finden wir.

Diskussion mit Bioland-Landwirt JörgPenk

Im Anschluss an den spannenden Betriebsbesuch kehrten wir in einem nahegelegenen Restaurant ein, um einem weiteren Referenten zuzuhören: JörgPenk, selbst Bioland – Landwirt mit 20 ha, 1200 Legehennen, 10 Mastschweinen und Direktvermarktung aus Großenrode erzählte einiges zu seinem Betrieb, seiner Direktvermarktung und der Umstellungsberatung, die er für das Ingenieurgemeinschaft für Landwirtschaft und Umwelt, kurz IGLU, durchführt.

In der Vermarktung wird das Geld verdient, nicht in der Produktion. Mit der Produktion muss man die Kosten im Griff behalten, so JörgPenk, daher rät er den Junglandwirten immer erst einen Vermarkter finden, bevor man etwas neues produziert.

Seine eigene umfangreiche Vermarktung hat dazu geführt, dass er die selbst erzeugten Kartoffeln, Gemüse, Eier und das Fleisch zu 60% an den LEH, zu 15-20%

direkt an den Verbraucher und 20-25% an Restaurants vermarktet. Inzwischen können so drei AK von dem 20-ha-Vollerwerbsbetrieb leben. Allein Jörg selbst beschäftigt sich die Hälfte seiner Arbeitszeit mit der Direktvermarktung. Auch ein weiterer Gast und Bioland-Landwirt, Heinrich Rülfig appelliert: sucht euch Marktpartner, auf die man sich verlassen kann.

Ein Thema, was Jörg Penk den Jungen ISNlern nahe legt ist, sich in jedem Fall mal mit der Umstellung auf Bio als (eine von vielen) mögliche Weiterentwicklung für den eigenen Betrieb auseinanderzusetzen. Eine geförderte Beratung kann Licht ins Dunkel bringen, unter welchen Bedingungen eine Umstellung möglich wäre.

Zum Abschluss der interessanten Exkursion ließen wir dem Abend mit Schnitzelbuffet und kalten Getränken ausklingen. Wir bedanken uns bei unserem Gastgeber Jan und Referenten Jörg sehr herzlich für den tollen Tag!

 [Hier geht's zur Bildergalerie](#)

 [Weitere Informationen zum Biolandbetrieb der Familie Penk erhalten Sie hier](#)

LÖN fordert Abbruch der Verhandlungen zur EU-Öko-Verordnung

Revision EU-Öko-Verordnung: Die Ergebnisse sind inakzeptabel

Visselhövede, 07.07.2017. LÖN fordert die Mitglieder des Agrarrats und das EU-Parlament auf, den Vorschlag der EU-Kommission für ein neues Bio-Recht abzulehnen.

Keine Verbesserung im Vergleich zum geltenden Recht

Im informellen Trilog zur Revision der EU-Öko-Verordnung haben sich die Verhandler am Mittwoch, den 28. Juni, auf eine Abstimmungsvorlage für ein neues Bio-Recht geeinigt. Über diesen müssen nun noch der EU-Agrarministerrat und das EU-Parlament abstimmen. Auch wenn in der letzten Trilogrunde nochmals versucht wurde, Verbesserungen zu erzielen, ist das Verhandlungsergebnis aus Sicht der Landesvereinigung der Anbauverbände insgesamt völlig inakzeptabel. Auch die von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt entgegen früherer Ankündigungen mitgetragene Verlängerung der Verhandlungen über die Dauer der maltesischen Ratspräsidentschaft hinaus hat daran nichts geändert.

„Die Totalrevision der EU-Öko-Verordnung bringt keine Verbesserung im Vergleich zum bereits geltenden Bio-Recht“, betont Harald Gabriel, Geschäftsführender Vorstand der LÖN. Vielmehr drohen durch die Verabschiedung dieses Vorschlags in einigen Punkten deutliche Verschlechterungen.

Rechtsunsicherheit ist Gift für die Branche

Hinzu kommt, dass wichtige Umsetzungsfragen nicht geklärt sind. „Eine jahrelange Rechtsunsicherheit würde die positive Entwicklung des ökologischen Landbaus und

der Bio-Branche in Europa gefährden“, ist sich Gabriel sicher. Die LÖN appelliert deswegen an die Mitglieder des Agrarrats und des EU-Parlaments, den vorliegenden Entwurf der EU-Kommission abzulehnen und damit ihrer Verantwortung für die weitere Entwicklung der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft in der EU gerecht zu werden. „Es besteht kein Grund, die Totalrevision gegen massive Bedenken aus der Bio-Branche durchzusetzen“, so Gabriel. Besser wäre es, einzelne positive Verhandlungsergebnisse in das bestehende Recht zu integrieren.

Ansprechpartner für Rückfragen:

Landesvereinigung Ökologischer Landbau Niedersachsen e.V.:

Harald Gabriel (Geschäftsführender Vorstand), Tel. 0170 9045347, info@loen-ev.de

FAKT exklusiv Der absurde Kreislauf der Tierquälerei

In Südamerika werden Pferde-Föten getötet. In Deutschland werden Schweine-Ferkel erschlagen. Es klingt absurd, aber das hängt zusammen. Und: Das Ausmaß dieser qualvollen Prozeduren ist größer als bislang angenommen.



Bildrechte: Animal Welfare Foundation/MDR/ARD

Auf dieser Seite:

- [Tausende Pferde-Föten werden abgetrieben](#)
- [1,3 Millionen Einzelgaben pro Jahr](#)
- [Überzählige Ferkel werden erschlagen](#)

Trächtige Stuten werden in Südamerika geschlagen, um ihnen viel Blut abzunehmen. Es ist Teil einer qualvollen und oft tödlichen Prozedur, um ein Hormon für die Schweinezucht in Deutschland zu erhalten. Doch durch den Einsatz dieses Produkts werden in Deutschland mehr Ferkel gezeugt, als die Säue Zitzen haben. So kommt es, dass die "überschüssigen" Schweinchen erschlagen werden. Das Ausmaß dieser

absurden Prozedur und Tierquälerei ist größer als bislang angenommen. Das haben Recherchen von FAKT ergeben.

FAKT-Reporter haben bereits Ende März über dieses Problem berichtet. Nun gibt es neue Aufnahmen aus Uruguay. Die Bilder sind nur schwer zu ertragen. Gewaltsam werden trächtige Stuten in Boxen getrieben, um ihnen Blut abzapfen. Bis zu zehn Liter pro Woche. Das ist rund ein Viertel des Blutes eines Pferdes. "Es geht hier elf Wochen, mindestens ein Mal pro Woche – dann sind die Pferde hinterher fertig", sagt Tierschützer York Ditfurth von der AnimalWelfareFoundation.

Tausende Pferde-Föten werden abgetrieben

Viele der Pferde vegetieren durch die Folgen der Schläge und den Blutmangel erbärmlich vor sich hin. Bildrechte: AnimalWelfareFoundation/MDR/ARD

Hintergrund ist ein Millionengeschäft. Das Blut der trächtigen Stuten wird benötigt, um das Hormon PMSG (PregnantMare's Serum Gonadotropin) herzustellen. Dieses extrem teure Medikament wird in Europa zur Harmonisierung in der Tierzucht eingesetzt – in Deutschland vor allem in der Schweinezucht. Es dient dazu, dass Schweine zur gleichen Zeit brünftig werden und gleichzeitig ihre Ferkel bekommen.

Auf den neuen Videos hat Tierschützer Ditfurth eine weitere unglaubliche Szene entdeckt. Darauf soll ein Arbeiter bei einem Pferd eine Fehlgeburt einleiten. "Er greift hinten in die Stute ein, in die Scheide, öffnet mechanisch den Muttermund, ritzt mit seinen Händen die Fruchtblase an", erklärt er. Die Stute springe dabei so hoch, dass es zeige, dass sie enorme Schmerzen aushalten müsse.

Der Tierschützer schätzt, dass tausendfach Pferde-Föten in Südamerika so abgetrieben werden. So sollen die Tiere bald wieder trächtig werden. Es zeigt die Brutalität der Blutgeschäfte, die bisher in einer absoluten Grauzone stattfinden. 30 Prozent der Stuten überleben nach Recherchen der Organisation die monatelange Quälerei nicht. Viele vegetieren durch die Folgen der Schläge und den Blutmangel erbärmlich vor sich hin.

1,3 Millionen Einzelgaben pro Jahr

Welche Dimension diese Geschäfte haben, ist bisher nicht bekannt gewesen. Bisher wurde in der Branche der Schweinezüchter argumentiert, dass PMSG eher selten eingesetzt wird. Doch tatsächlich sind es 1,3 Millionen Einzelgaben pro Jahr. Das hat eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten der Grünen, Friedrich Ostendorff, ergeben.

"Ich war überrascht, dass es so viel ist", sagt Biobauer Ostendorff. Denn es sei immer gesagt worden: 10 oder 20 Prozent. Nun zeige sich, dass es selbst nach Kenntnisstand der Bundesregierung deutlich höher ist. "Das Dreifache höher." Deshalb steht für den Politiker fest:

Wir müssen handeln. PMSG muss raus aus der Sauenhaltung, das gehört da nicht hin.

Friedrich Ostendorff

Mehr als die Hälfte der Zuchtsauen in Deutschland könnten laut Ostendorff das Hormon PMSG bekommen. Und damit setzt sich die Tierquälerei in deutschen Ställen fort. Es sei laut dem Bundestagsabgeordneten immer mal vorgekommen, dass Wurfgrößen über das hinausgingen, was die Sau ernähren kann. Doch nun "ist es die Regel".

Überzählige Ferkel werden erschlagen

Dies erzeuge weitere schreckliche Bilder – nicht in Südamerika, sondern in Deutschland. Seit 2013 dokumentieren Tierschützer wie etwa AnimalRights Watch immer wieder, wie Ferkel einfach totgeschlagen werden. Es werde geschaut, welche Ferkel sind die Lebensfähigsten. Denn alle könne das Muttertier nicht ernähren. Für viele Unternehmen ist eine andere Aufzuchtart nicht wirtschaftlich.

Ein Ende dieser Tierquälerei ist erst einmal nicht in Sicht. "Die Möglichkeiten der Bundesregierung, den Tierschutz in anderen Ländern zu beeinflussen, seien sehr gering", antwortet das Landwirtschaftsministerium auf Fakt-Nachfrage. Ein Importstopp des umstrittenen Hormons sei unmöglich, solange die Präparate hier nach den rechtlichen Vorschriften angewendet werden.

[Das Geschäft mit PMSG: Kreislauf des Tierleids](#)

[Um die Schweinezucht in deutschen Mastanlagen planbarer zu gestalten, werden Stuten in Südamerika auf unglaubliche Weise gequält. Das fördert auch die Tierquälerei hierzulande.](#)

[FAKT](#) Di 04.07. 21:45Uhr 05:55 min

Kreiszeitung - 06.07.17:

„Rechtlich fragwürdige Praxis beenden“

Einstieg in den Ausstieg des Kükentötens

Großenkneten - Das massenhafte Töten männlicher Küken in Deutschland könnte nach Ansicht von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) bald ein Ende haben. „Wir sind auf dem Weg, eine ethisch und auch rechtlich fragwürdige Praxis in Deutschland zu beenden“, sagte Schmidt am Donnerstag beim Besuch einer Brüterei im niedersächsischen Großenkneten.

Dort testet der Einzelhandelskonzern Rewe in einer Gemeinschaftsfirma mit einem niederländischen Partner ein System, das das Geschlecht von befruchteten Eiern mit

Hilfe einer Hormonanalyse bestimmt. Entwickelt wurde es von Wissenschaftlern der Universität Leipzig.

„Was wir heute sehen, ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Praxis des Tötens männlicher Eintagsküken“, sagte Schmidt. Deutschland übernehme damit eine Vorreiterrolle und schaffe mit Forschung und Technik die Voraussetzungen, um das Kükentöten auch international zu beenden.

Es sei allerdings noch ein weiter Weg zur Praxisreife, sagte Rewe-Group Bereichsleiter Ludger Breloh. Angesichts der großen Menge an Eiern müsse die Arbeitsgeschwindigkeit und der Beprobungserfolg erhöht werden. Wenn die Technik marktreif sei, solle sie auch der Konkurrenz zugänglich gemacht werden, sagte Breloh. Eine Praxistauglichkeit im nächsten Jahr sei denkbar.

Pro Jahr werden in Deutschland 45 Millionen männliche Küken getötet, weil sie keine Eier legen und es unwirtschaftlich ist, sie zu mästen.dpa

NDR - 04.07.2017

Geflügelhalter: Mehr Kosten für Tierschutz

Die niedersächsische Geflügelwirtschaft will die Kosten für mehr Tierschutz von Verbrauchern, Handel und Steuerzahler erstattet bekommen. Das sagten heute Vertreter auf der Hauptversammlung ihres Verbandes in Erlte bei Visbek im Landkreis Vechta. "Wir haben geliefert", sagte der Vorsitzende des Landesverbandes der Niedersächsischen Geflügelwirtschaft, Friedrich-Otto Ripke, zu den Auflagen des Tierschutzplanes Niedersachsen. "Die Rechnung kommt hinterher, und sie muss bezahlt werden", forderte er in einer Diskussion.

Verband fordert von Parteien mehr Realitätssinn

Die Aufwendungen für Verbesserungen beim Tierwohl wie etwa geringere Besatzdichte in den Ställen oder der Verzicht auf das Schnabelkürzen verursachten Zusatzkosten, die die Landwirtschaft bislang noch nicht vollständig ersetzt bekomme. Auch der Betreuungsaufwand sei gestiegen. Ripke forderte vor der Bundestagswahl die Parteien zu mehr Realitätssinn auf. Politische Entscheidungen zur Landwirtschaft hätten konkrete Auswirkungen auf die Betriebe. Die Politik müsse nicht nur den Tierwohlaspekt berücksichtigen, sondern auch die Folgen für die Landwirtschaft. "Es nutzt niemanden, wenn wir im Tierschutz Spitze, aber nicht mehr wettbewerbsfähig sind", sagte Ripke. So könnten die Betriebe nicht langfristig existieren. Profitieren würden Länder wie Polen, die Ukraine oder Brasilien, wo Tierschutzauflagen eine geringere Rolle spielten als in Deutschland.

Staatssekretär: "Label gute Basis"

Der gesellschaftlichen Diskussion um mehr Tierwohl könne sich die Branche nicht entziehen, sagte der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Hermann

OnkoAeikens. Aus seiner Sicht könne das von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) geplante staatliche Tierschutzlabel eine gute Basis sein, auskömmliche Preise für Fleisch durchzusetzen. "In Deutschland haben wir bislang keine Erfahrung mit einem staatlichen Label, aber ich glaube, der Vertrauensvorschuss durch die Verbraucher ist groß", sagte er. Für die Rewe-Gruppe sagte deren Bereichsleiter für Strategie und Innovation im Agrarsektor, Ludger Breloh, dass man nicht dem Verbraucher alleine die Mehrkosten für mehr Tierwohl in den Ställen aufbürden könne. Neben den Endkunden müsse es auch staatliche Kofinanzierung geben.

WEITERE INFORMATIONEN

mit Video

[Meyer kritisiert neues "Tierwohl"-Label](#)

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt hat auf der "Grünen Woche" ein neues, staatliches Tierschutz-Label vorgestellt. Niedersachsens Minister Meyer (Grüne) hält nichts davon. (20.01.2017) **mehr**

[Tierwohl: Meyer will "Nägel mit Köpfen machen"](#)

Von Pflicht-Tierwohl-Labeln bis zu Instrumenten gegen die Milchkrise: Minister Meyer (Grüne) hat sich viel vorgenommen. Er hat den Vorsitz der Agrarministerkonferenz übernommen. (03.01.2017) **mehr**

[Tierschutzbund steigt aus Initiative "Tierwohl" aus](#)

Sie verspricht bessere Haltungsbedingungen für Tiere: die Initiative "Tierwohl" ist vor einem Jahr gestartet. Der Tierschutzbund ist nun ausgestiegen - und kritisiert das Label deutlich. (16.09.2016) **mehr**

ZUM G-20-GIPFEL:

TAZ – 9.7.2017:

G20-Ergebnisse

Vieles sehr vage und unkonkret

Nur wenig Neues und Konkretes ist zu vermelden – aber das gilt in diesen schwierigen Zeiten für viele schon als Erfolg.

Welthandel: Der Handelskonflikt schwelt weiter

Ein Thema, das die Bundesregierung im Vorfeld mit viel Sorge betrachtet hatte, war der internationale Handel. Und daran hat sich auch beim Gipfel nicht viel geändert. Ob sie glaube, dass die Gefahr eines Handelskrieges zwischen der EU und den USA durch das Abschlusskommuniqué des Gipfels gebannt sei, wurde Angela Merkel gefragt. „Ich glaube,

dass die Diskussionen weiter schwierig bleiben wird“, sagte die Kanzlerin, was übersetzt heißt: Die Gefahr ist nicht gebannt.

Hintergrund ist ein seit Jahren tobender und seit Trumps Amtsübernahme eskalierender Streit über die zu hohen Exportüberschüsse der EU, insbesondere Deutschlands, in die USA. Das erzeugt ein wirtschaftliches Ungleichgewicht – das zu ändern ist eines der Kernanliegen der Trump-Regierung. Washington schwebt ein neues Steuersystem vor, das ausländische Unternehmen, die Waren in die USA einführen wollen, stark benachteiligen würde. Das wiederum würde einen Gegenschlag der EU-Kommission auslösen und könnte zu dem führen, was Journalisten gern martialisch „Handelskrieg“ nennen, de facto aber Protektionismus bedeutet.

Nun sieht immerhin ein Satz im Kommuniqué, dass die G20 „Protektionismus einschließlich aller unfairen Handelspraktiken“ ablehnen. Gleichzeitig setzte Trump aber durch, dass „rechtmäßige Handelsschutzinstrumente“ erlaubt bleiben. Was sich dahinter verbirgt, bleibt offen.

Außerdem will man sich „um die Verringerung übermäßiger globaler Ungleichgewichte bemühen“. Heißt das also, weniger deutschen Exportüberschuss? Im Prinzip kann auch in diesen Satz jeder hineininterpretieren, was er will. Erst einmal köcheln die Konflikte also weiter. Bis zum Treffen der Handelsminister der Welthandelsorganisation in Buenos Aires im Dezember dieses Jahres. Da soll dann weiter über das heikle Thema verhandelt werden. **INGO ARZT**

Migration: Sie wollen auf Bedürfnisse achten

„Merkel-Plan“ hatten einige afrikanische Staatschefs sie getauft: eine G20-Initiative der deutschen Kanzlerin für mehr Wachstum in Afrika – und weniger Flüchtlinge in Europa. Das Projekt soll Privatinvestitionen in großem Stil nach Afrika lotsen. Seit Monaten hatte die deutsche G20-Präsidentschaft das Vorhaben im Haus von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ausarbeiten lassen.

In Hamburg nun sollten sich die G20-Staaten hinter die offiziell „Compact with Africa“ genannte Initiative stellen. Sie sieht vor, dass einzelne G20-Staaten und reformwillige afrikanische Länder Investitionspartnerschaften eingehen. Das Modell strebt ein Gegengeschäft nach dem Grundsatz „Reformen gegen Investitionen“ an: Ein afrikanisches Land entwirft eine konkrete Strategie und verpflichtet sich, neue Voraussetzungen zu schaffen, um mit Unterstützung von Partnern aus dem G20-Kreis für private Investoren interessanter zu werden.

Äthiopien, Elfenbeinküste, Ghana, Marokko, Ruanda, Senegal und Tunesien legten in Hamburg diese Pläne für Investitionsabkommen vor. Angeleitet durch die jeweiligen afrikanischen Länder, die Afrikanische Entwicklungsbank und den IWF sollen diese Pläne nun umgesetzt werden.

„Unsere gemeinsamen Anstrengungen [...] werden so helfen, Armut und Ungleichheit als Ursachen von Migration anzugehen“, heißt es im Abschlussdokument des Gipfeltreffens. Argentinien versprach in Hamburg als nächstes G20-Präsidentschaftsland, diesen Weg weiterzuverfolgen.

Im Abschlussdokument „verpflichten“ sich die G20-Staaten, „auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen und Migranten zu achten“ heißt es: „Die Welt erlebt ein nie da gewesenes Ausmaß an Flucht und Vertreibung.“ Das Dokument betont den Wunsch nach einem Kampf gegen Schleuser, das Recht auf Grenzkontrollen und Hilfen für Herkunfts- und Transitländer. **CHRISTIAN JAKOB**

Gesundheit: Entwicklung von Impfstoffen forcieren

Erstmals wurde bei einem G20-Gipfel über globale Gesundheit beraten. Diesen Umstand werteten Teilnehmer wie Beobachter als Erfolg – ungeachtet der teils schwammigen Absichtserklärung der Staats- und Regierungschefs: Epidemien wie Ebola oder Sars verhindern, Antibiotikaresistenzen überwinden und nationale Gesundheitssysteme stärken – diese drei Ziele globaler Gesundheitspolitik umreißt das Abschlussdokument.

Erreicht werden sollen sie über eine bessere, schnellere und sektorübergreifende Zusammenarbeit im Fall eines Pandemie-Ausbruchs. Die „zentrale Koordinierungsrolle“ der

Weltgesundheitsorganisation (WHO), heißt es in der Erklärung, soll durch „Reformen ihrer Strukturen für solche Nofälle“ gestärkt sowie „hinreichend und nachhaltig“ finanziell unterstützt werden. Daneben erkennen die G20 Forschungsbedarf für Impfstoffe gegen infektiöse Erreger wie Zika oder Lassa. Hierbei helfen soll die auch von der deutschen Regierung geförderte „CoalitionforEpidemicPreparednessInnovations“, die sich für eine beschleunigte Entwicklung von Impfstoffen einsetzt.

Die Erforschung neuer Medikamente ist auch Teil des Kampfes gegen wachsende Antibiotikaresistenzen. Daneben sollen „nationale Aktionspläne“ bis 2018 auf den Weg gebracht werden, um den verantwortungsvollen Umgang mit existierenden Antibiotika zu fördern. In der Tiermedizin soll ihr Einsatz „allein auf therapeutische Zwecke“ begrenzt werden. Ob und welche Sanktionen andernfalls drohen, wird nicht thematisiert. In zwei Punkten aber wird das Dokument konkret: Erstens soll die Kinderlähmung, wie einst die Pocken, durch konsequente Impf- und Gesundheitsprogramme weltweit ausgerottet werden. Zweitens wird die Tuberkulose ins Visier genommen: Die G20 wollen die antimikrobielle Grundlagenforschung, die klinische Forschung und die Produktentwicklung ausbauen. „Alle interessierten Länder und Partner“ laden die G20 ein, „sich an dieser neuen Initiative zu beteiligen.“

Gesundheitsexperten und Nicht-Regierungsorganisationen bewerteten die Beschlüsse unterschiedlich. „Es muss als Erfolg gelten, wenn eine Erkrankung explizit genannt wird“, sagte der Leiter des Klinischen Tuberkulosezentrums am Leibniz-Zentrum für Medizin, Christoph Lange, der taz. Auch die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen lobte das Engagement gegen Tuberkulose, kritisierte aber, die Staatschefs hätten es „versäumt, Angriffe auf medizinisches Personal und medizinische Einrichtungen in ihrer Abschlusserklärung zu verurteilen“.

Oliver Razum, Professor für International Public Health an der Uni Bielefeld, mahnte, „dass Global Health nicht nur auf Health Security beschränkt werden darf. Es muss sich auch etwas an der Art verändern, wie wir wirtschaften – nicht nur an der Verfügbarkeit von Impfstoffen.“ **HEIKE HAARHOFF**

Digitalisierung: Die Ungleichheit wird größer

Das Thema Digitalisierung und die Ungleichheit im globalen Netz stand nicht ganz oben auf der Agenda des G20-Gipfels. Die Diskussion darüber fand dann Samstagmittag auch eher unter dem Titel „Ferner liefen“ statt.

In der Abschlusserklärung heißt es zwar vielversprechend dazu: „Der digitale Wandel ist eine Triebkraft des globalen, innovativen, inklusiven und nachhaltigen Wachstums“. Die Schlussfolgerungen daraus sind dann jedoch sehr vage geblieben. So sollen alle Bürger der G20-Staaten bis 2025 „digital eingebunden“ sein. Konkrete Pläne für die Umsetzung wurden nicht verabschiedet.

Versprochen wurde auch, dass die Staaten bei der Digitalisierung auf „Verbraucherschutz, Datenschutz und die Einhaltung von Eigentumsrechten“ achten. Das sieht eher nach einem Lippenbekenntnis aus und nicht nach einer ernstzunehmenden Absichtserklärung. Dabei ist es längst überfällig, die Datensammelgier von Internetkonzernen und auch von kleinen IT-Firmen in den Griff zu bekommen.

Die Digitalisierung könne auch dazu beitragen, Ungleichheiten abzubauen, heißt es in der Abschlusserklärung. Die Frage nach der global betrachtet immer größer werdende digitalen Kluft wurde nicht angegangen. Dabei geht es längst nicht mehr nur um den Zugang zu einem schnellen Internetanschluss. Viel wichtiger sind Medienkompetenz, Bildung und die politischen Rahmenbedingungen geworden, ob zum Beispiel Zensurbehörden Teile des Internets unzugänglich machen. Aufgenommen in die Abschlusserklärung sind die „neuen Herausforderungen“ der Digitalisierung. So wollen die G20-Staaten dafür sorgen, dass

Risiken und Nachteile der Digitalisierung gerade im Finanzbereich nicht aus den Augen verloren werden. Auch hier sei eine stärkere internationale Zusammenarbeit notwendig. *(mit epd und dpa)* **WOLFGANG LÖHR**

Steuern: Chance verpasst

Fortsetzung folgt: Die G20-Gruppe will weiter gegen Steuertricks von Konzernen kämpfen. Die Staats- und Regierungschefs haben in Hamburg ihr Aktionsprogramm namens BEPS bekräftigt. Es sieht unter anderem einen automatischen Datenaustausch ab September vor. Neues und Konkretes darüber hinaus wurde beim Gipfel nicht auf den Weg gebracht. Damit hat die G20 die Chance für eine Steuerpolitik verpasst, „die dazu beiträgt, die Welt gerechter zu machen“, kritisiert die Entwicklungsorganisation Oxfam. Die Teilnehmer hätten die Konzerne besser darauf verpflichten sollen, ihre Gewinne – und darauf gezahlte Steuern – nach Ländern aufgeschlüsselt zu berichten.

Überdies sei die bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zum Gipfel in Hamburg bestellte Liste unkooperativer Steueroasen nur ein „stumpfes Schwert“. Darauf war nur noch ein einziges Land zu finden: den Karibikstaat Trinidad und Tobago.

Markus Henn vom deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit sieht weitere Aspekte in der Abschlusserklärung der G20 skeptisch: So begrüßen die Staaten die internationale Zusammenarbeit bei „steuerpolitischen Maßnahmen zur Förderung von Wachstum“. Henn befürchtet, dahinter stecke eine „Ablenkung von der Agenda der Steuervermeidung und im schlimmsten Fall eine Gegenagenda“. Es sei allerdings noch völlig unsicher, was sich konkret dahinter verbirgt.

Und der Aktionsplan gegen Steuertricks, den die G20 weiterverfolgen? Da fehle es noch an der Umsetzung: Zu bestimmten Punkten gebe es etwa „Verteilungskonflikte zwischen den Staaten“, sagte Henn: Verhandelt werde derzeit etwa noch die Gewinnaufteilung – also welche Gewinne eines Unternehmens wann in welchem Land angerechnet und besteuert werden. Das sei auch eine Machtfrage zwischen Schwellen- und reicheren Industrieländern. **EVA OER**

Finanzmärkte: Die Finanzkrise soll sich verwachsen

Die Finanzmärkte sind der Gründungsmythos der G20, das erste Treffen der Staatschefs fand 2008 als Reaktion auf die damalige Krise statt. Doch viel passiert ist zu dem Thema in Hamburg nicht. Die großen Reformen sind längst durch. Auch die Öffentlichkeit misst dem Thema, ob Banken, Versicherer und Investmentgesellschaften mittlerweile eigentlich so weit reguliert sind, dass sie keine weltweiten Wirtschaftskrisen wie 2008 auslösen, kaum mehr Aufmerksamkeit bei.

Trotzdem könnte man die Ergebnisse in Hamburg als Minierfolg werten. Die US-Regierung hat die neuen globalen Finanzmarktregeln immerhin nicht über den Haufen geworfen. Dazu zählt, dass Großbanken größere Kapitalpuffer für Krisen vorhalten müssen oder Pläne entwickeln müssen, wie sie im Fall einer Pleite erst ihre Anleger und Anteilhaber zahlen lassen und dann nach Steuergeldern rufen. Die Regeln dazu macht der Finanzstabilitätsrat in Basel. Momentan arbeitet der Rat daran, wie Schattenbanken besser kontrolliert werden, also etwa billionenschwere Investmentfonds. Oder wie verhindert wird, dass Geschäfte außerhalb üblicher Wertpapierbörsen aus dem Ruder laufen.

Die USA sind also noch dabei, aber angesichts der sonstigen Probleme ist das viel zu wenig. Eigentlich ist einer der großen Fragen unserer Zeit, wie Investoren ihre Gelder aus Öl, Gas und Kohle abziehen und in klimafreundliche Anlagen stecken können. Die G20 hatten dazu im vergangenen Jahr in China Arbeitsgruppen wie die Green Finance Study Group eingerichtet, die Ideen erarbeiten sollte, wie grüne Geldanlagen endlich im Finanz-Mainstream ankommen können. Auch die großen Finanzinstitute arbeiten seitdem mit. Die

haben in einer Arbeitsgruppe unter der Leitung der Börsenlegende Warren Buffett Ideen erarbeitet, wie die Bilanzierungsregeln für Unternehmen international geändert werden könnten, damit Investoren sehen, wer wie viel Geld in fossilen Energien stecken hat.

Anders ausgedrückt: Die Sprache der Märkte ist es, Risiken gegen Gewinnerwartungen abzuwägen. Wird Klimawandel zum finanziellen Risiko, sorgen die Märkte dafür, dass das Problem verschwindet. Ob diese Erzählung vom grünen Kapitalismus klappt, weiß freilich keiner. Die Arbeit um den Milliardär Warren Buffett und die der Green Finance Study Group ist jedenfalls erst mal degradiert worden – im Abschlusskommuniqué tauchen sie nicht mehr auf, sondern nur noch im „Hamburg Action Plan“, ein Zusatzpapier. Mehr war mit Trump nicht zu machen.

Geradezu putzig ist der Umstand, dass die G20-Staaten sehr viel Energie dazu aufwenden, die letzten Details für die Finanzmarktregulierung auszuformulieren, während ihre Notenbanken eben diese Märkte mit viel zu viel Geld überschwemmen. Dass das zu noch größeren Finanzblasen führen kann als 2008, scheint zumindest einigen Beteiligten bewusst, man liest es verteilt in den Dokumenten des Gipfels – da ist zumindest an einigen Stellen von möglichen neuen „Schocks“ die Rede.

Die G20-Strategie gegen die neuen Finanzblasen ist, dass die Risiken aus dem System rauswachsen sollen: Die Staaten setzen auf einen „positiven Kreislauf aus großer Widerstandsfähigkeit [der Wirtschaft, *die Red.*] und starkem Wirtschaftswachstum.“ Wachstum führt zu Widerstandsfähigkeit und das dann wieder zu Wachstum, heißt es weiter im „Hamburg Action Plan“. Und immer so weiter. Die nächste Finanzkrise soll also gefälligst so lange auf sich warten lassen, bis die internationale Wirtschaft genug Widerstandsfähigkeit gegen sie entwickelt hat. **INGO ARZT**

<http://www.taz.de/Bilanz-der-G20-Gipfel-Gegner/!5428165/>

TAZ – 8.7.2017 Ingo Arzt – Malte Kreutzfeldt

G20 und Klima

Die Welt ist noch nicht gerettet

Der G20-Gipfel endet mit einer klaren Botschaft: Selbst ein US-Präsident hat nicht die Macht, den Kampf gegen den Klimawandel aufzuhalten.

HAMBURG taz | Wäre Donald Trump nicht US-Präsident, wäre folgende Nachricht eine schlechte: Der G20-Gipfel in Hamburg hat keine Fortschritte im Klimaschutz gebracht. Aber eben auch keinen Rückschritt. Und in Zeiten von Trump ist schon Stillstand ein Erfolg. Das Treffen der zwanzig ökonomisch mächtigsten Staaten der Welt ist am Nachmittag zu Ende gegangen – und hat den US-Präsidenten weitgehend isoliert. Der Rest der Welt bekennt sich im Schlusssdokument unmissverständlich zum Klimaschutzabkommen von Paris, mit dem sich im Dezember 2015 alle Staaten der Welt verpflichtet haben, die Erderwärmung auf „deutlich unter zwei Grad“ zu begrenzen.

Man könnte es die Geburt der G19 nennen. Im 15-seitigen Communiqué des Gipfels wird festgehalten, dass die USA aus dem Klimaschutzabkommen von Paris aussteigen. Das allerdings war ohnehin bereits klar. Dann heißt es: „Die Staats- und Regierungschefs der anderen G20-Staaten bekennen, dass das Paris-Abkommen unumkehrbar ist.“ Zwar erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan unmittelbar nach dem Gipfel, dass sein Land das Paris-Abkommen nicht ratifizieren werde, weil nach dem US-Ausstieg eine „neue Situation“ entstanden sei. Doch zumindest auf dem Papier steht der US-Präsident allein da.

Trump hat dafür seine Extrawurst in einem separaten Abschnitt bekommen. Darin steht, dass die USA gerne anderen Ländern helfen wollen „einen Zugang zu fossilen Energien zu bekommen und sie sauberer und effizienter zu nutzen“. Der Satz war von den europäischen G20-Staaten nicht gewollt, denn eigentlich müssten fossile Energien aus dem Energiemix der Welt verschwinden.

Merkel misst der Aussage allerdings keine große Bedeutung bei. Er sei kurz vor Schluss extra noch umformuliert worden, um deutlicher zu machen, dass dies allein die Position der USA sei. „Das ist nicht unsere Meinung“, betonte Kanzlerin Angela Merkel in ihrer abschließenden Pressekonferenz.

Zu wenig Mittel gegen den Hunger

Dass Erdoğan ihr kurze Zeit später in den Rücken fallen würde, wusste die Kanzlerin noch nicht, als sie betonte, sie sei „sehr froh“, dass beim Bekenntnis zum Paris-Abkommen „alle gegen die Vereinigten Staaten“ ständen.

In diesem Punkt stimmten Umweltorganisationen der Kanzlerin zu. Dass die übrigen 19 Teilnehmer sich klar zu Paris bekannt und Trump damit isoliert hätten, sei ein positives Signal, hieß es bei Greenpeace, WWF und Germanwatch gleichermaßen. Bedenklich sei der Versuch der USA, ein Bekenntnis zu fossilen Energiequellen ins Abschlussdokument zu bringen, sagte Germanwatch-Geschäftsführer Christoph Bals der taz. „Zum Glück ist es gelungen, das einigermaßen einzudämmen.“

Unzufrieden äußerten sich die Umweltverbände, dass die Zusage einer schnellen Umsetzung der Paris-Ziele nicht durch konkrete Ankündigungen ergänzt wurde. „Hamburg hätte ein Zeichen senden müssen, dass die großen Industrie- und Schwellenländer den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas beschleunigen“, sagte Greenpeace-Geschäftsführerin Sweelin Heuss. „Die Bundeskanzlerin hätte den G20-Gipfel dafür nutzen müssen, den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohlekraft in Aussicht zu stellen“, erklärte Oxfam-Kampagnenleiter Jörn Kalinski.

Wie reagierten die G20-Staaten auf den Hunger in Afrika? Die USA haben auf dem Gipfel zugesagt, 639 Millionen Dollar gegen den Hunger im Südsudan, Nigeria, Somalia und Jemen beizusteuern. Die NGO World Vision nannte das ein „wichtiges Signal“, aber eben auch zu wenig Mittel, angesichts des Hungers. 600.000 Kinder seien schwer unterernährt. „Viele von ihnen werden den heutigen Tag nicht überleben“, schreibt World Vision.

Der Schritt der USA war längst überfällig, da der US-Kongress im April schon 990 Millionen US-Dollar zur Ernährungssicherung bereitgestellt hatte. Bislang hatten andere Staaten erst knapp die Hälfte von 4,9 Milliarden Dollar zugesagt, die die Vereinten Nationen erbeten hatten.

Auch die Entwicklungsorganisation Oxfam kritisiert, dass die G20 drängende Probleme in Afrika nicht anpacken würden. „Trotz der Proteste gegen die wachsende soziale Ungleichheit auf der Welt haben die Staats- und Regierungschefs es nicht vermocht, die Weichen in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit zu stellen“, schreibt Oxfam. Zwar hat Deutschland eine neue Partnerschaft mit Afrika mit Namen „Compact with Africa“ ins Leben gerufen. Mit ihr sollen private Investitionen nach Afrika gelockt werden, etwa für die Infrastruktur. Entwicklungsorganisationen sehen das kritisch, weil damit den wirklich armen Ländern nicht geholfen ist.

Handelskrieg nicht gebannt

Ein weiteres großes Thema des Gipfels war der internationale Handel. Die Frage, die eine Journalistin an Angela Merkel auf der Abschlusspressekonferenz dazu richtete, ist simpel: Glaubt Merkel, dass die Gefahr eines Handelskrieges zwischen der EU und den USA mit dem Abschluss-Communiqué gebannt ist? „Ich glaube, dass die Diskussionen weiter

schwierig bleiben wird“, sagte die Kanzlerin, was übersetzt heißt: Die Gefahr ist nicht gebannt.

Hintergrund ist ein seit Jahren tobender und seit Trumps Amtsübernahme eskalierender Streit über die zu hohen Exportüberschüsse der EU, insbesondere Deutschlands, in die USA. Das erzeugt ein wirtschaftliches Ungleichgewicht – das zu ändern ist eines der Kernanliegen der Trump-Regierung. Washington schwebt ein neues Steuersystem vor, das ausländische Unternehmen, die Waren in die USA einführen wollen, stark benachteiligen würde. Das wiederum würde einen Gegenschlag der EU-Kommission auslösen und könnte zu dem führen, was Journalisten gern martialisch „Handelskrieg“ nennen, de facto Protektionismus bedeutet.

Nun steht immerhin ein Satz im Communiqué, dass die G20 gegen Protektionismus sind. Außerdem wolle man exzessive globale Ungleichgewichte reduzieren. Heißt das also, weniger deutschen Exportüberschuss? Im Prinzip kann jeder in den Satz hineininterpretieren, was er will. Erst einmal köcheln die Konflikte also weiter. Bis zum Treffen der Handelsminister der Welthandelsorganisation in Buenos Aires im Dezember dieses Jahres. Da soll dann weiter über das heikle Thema verhandelt werden. Und was macht so ein Gipfelbeschluss jetzt? Erst einmal nichts. Die 15 Seiten sind eine reine Absichtserklärung. Dennoch gelten die G20-Beschlüsse als Leitlinie internationaler Politik. Die Gipfeldokumente sind der Kompass, wo es hingehet auf der Welt. Sonst würden auch kaum so viele Menschen dagegen demonstrieren.

<http://www.taz.de/!5428092/>

TAZ:

○

Demonstration „Hamburg zeigt Haltung“

– Nur ein paar Trommler wurden laut

○

Aufarbeitung der Krawallnacht

– Der Tag danach

•

Kommentar Schuld der Linken

Die Stunde der Vereinfacher

Konservative wollen der deutschen Linken die brutalen Krawalle in die Schuhe schieben. Das ist billig. Denn es ist nicht links, Kleinwagen anzuzünden. ULRICH SCHULTE

•

Großdemonstration in Hamburg

Bunte Mischung gegen den Gipfel

Fast 80.000 Menschen protestieren im friedlichen Zug für grenzenlose Solidarität. Am Ende will die Polizei eine Wiese schützen. CHRISTIAN JAKOB, JEAN-PHILIPP BAECK, GEREON ASMUTH

o

G20 und Klima

Die Welt ist noch nicht gerettet

Pressemitteilung

AbL ruft Bäuerinnen und Bauern zum Protest beim G-20-Gipfel auf

Mit Blick auf den G-20-Gipfel in Hamburg ruft der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bäuerinnen und Bauern auf, an den Veranstaltungen im Vorfeld und an den Demonstrationen für Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden, Klimaschutz, Ernährungssouveränität und für bäuerliche Strukturen weltweit aktiv teilzunehmen. Der Hunger gerade auch vieler Bäuerinnen und Bauern in vielen Ländern des Südens werde durch Klimawandel, Kriege, Waffenlieferungen, Agrarkonzerne, Landgrabbing, unfaire Handelsverträge und durch die Dumping-Agrarexporte immer noch weiter verschärft. Die AbL betrachte Bäuerinnen und Bauern in anderen Ländern nicht – wie die hiesige Agrarexport-Industrie - als Konkurrenten bei der Eroberung von Absatzmärkten, sondern als Berufskollegen und Mitstreiter bei der weltweiten Weiterentwicklung der Landwirtschaft in bäuerlichen Strukturen, regionaleren Wirtschaftskreisläufen und fairen internationalen Beziehungen. „Wenn wir die hiesige Überproduktion von Massenprodukten für einen perspektivlosen Agrarexport in Drittländer stoppen“, so AbL-Vertreter Eckehard Niemann, „dann nützt das nicht nur den Bauern in diesen Ländern, sondern beseitigt auch den ruinösen Druck auf die hiesigen Erzeugerpreise!“ Eine nachhaltige Wirtschafts-, Sozial- und Agrarpolitik unter der Devise „Klasse statt Masse“ müsse zu Konsum- und Wirtschaftsformen führen, die allen Menschen ein besseres Leben mit global verantwortbaren Konsum-, Energie-, Verkehrs- oder Wirtschaftsstrukturen verschaffe.

1.622 Zeichen – 5.7.2017

WELT - Von Ileana Grabitz, Tobias Kaiser | 7.7.2017

MARTIN RICHENHAGEN, „Trump macht genau das, was er versprochen hat“

... Es gibt nicht viele Deutsche, die es in einem US-Konzern bis ganz nach oben schaffen. Martin Richenhagen ist einer von ihnen. Der gebürtige Kölner leitet den

Landmaschinenhersteller Agco, der zu den 500 größten Unternehmen der Welt gehört. ...

DIE WELT: Herr Richenhagen, sind Sie eigentlich tatsächlich der Trump-Fan, für den viele Sie halten?

Martin Richenhagen: Ich weiß überhaupt nicht, wie ich zu diesem Ruf komme. ... Dabei habe ich mich tatsächlich zu einigen Dingen sehr kritisch geäußert.

DIE WELT: Die da wären?

Richenhagen: Ich finde zum Beispiel, dass er einen merkwürdigen Auftritt und Kleidungsstil und auch eine seltsame Frisur hat. Er hat deutlich andere Umgangsformen als die, die ich von meinen Eltern mitbekommen haben, und er hat ein völlig anderes Frauenbild als ich. Insgesamt ist er mir ganz sicher nicht sympathisch, aber er ist nun mal gewählt, das muss man akzeptieren.

... Dabei macht Trump genau das, was er den einfachen Leuten versprochen hat.

DIE WELT: Ist es denn nur schlecht, was er macht?

Richenhagen: Nein, das finde ich nicht. Was mich erstaunt, ist, dass die Mehrheit der Topmanager ihm hinterherläuft und versucht, ihm alles recht zu machen. Leute wie Henry Kravis von KKR, Stephen Schwarzman von Blackstone, Jamie Dimon von JP Morgan ...

DIE WELT: ... das Kabinett der Milliardäre ...

Richenhagen: ... Ja, die sind wirklich geradezu begeistert von ihm. Sie sehen vor allem die Chance, dass jetzt endlich Dinge geändert werden, die schon lange hätten geändert werden müssen. Ein Beispiel ist die Deregulierung im Bankenwesen, die wirklich überfällig ist. Ein weiteres die Steuerreform, die auch sinnvoll ist. Vor allem die territoriale Steuer, dank derer Firmen die Gewinne, die sie im Ausland machen, steuerfrei nach Hause bringen können. Wir zum Beispiel machen zwei Milliarden Euro Gewinn im Ausland, die wir aber dort lassen, weil natürlich keiner meiner Anleger möchte, dass wir Gewinne noch mal im Inland versteuern, die bereits im Ausland versteuert worden sind.

DIE WELT: Ist Trumps Wirtschaftspolitik eher eine für die Menschen oder eine für die Unternehmen?

Richenhagen: Eine für die Menschen. Sein Ziel ist, dass alle Menschen einen Job haben und Geld verdienen. Das geht aber doch nur, wenn man die Wirtschaft möglichst frei lässt und nicht durch zu viel Regulierung behindert. Nein, ich glaube nicht, dass ihn der Gedanke bewegt, dass Unternehmen begünstigt werden sollen. ...

DIE WELT: Was macht Trump denn gut?

Richenhagen: Auch wenn das keiner in Deutschland glaubt: Trump ist ein guter Zuhörer, vor allem hat er ein Ohr für Wirtschaftsvertreter. Es gab noch nie einen Präsidenten, der so schnell so viele Manager getroffen hat.

DIE WELT: Haben Sie ihn auch schon getroffen?

Richenhagen: Ja, mehrfach. Das Erschreckende ist: Trump kommt tatsächlich mit denselben flachen, standardisierten Theorien daher, die man aus dem Wahlkampf kennt. Ganz doof kann er nicht sein, aber ich glaube, viel Tiefgang hat er auch nicht. Zum Glück hat er intelligente Leute um sich rum, Wilbur Ross zum Beispiel, der dann auch meisterhaft versteht, seinen Chef zu erklären. In Deutschland haben wir eine besonnene Merkel und dann wieder einen Volker Kauder, der haut immer wieder so Dinger raus. In Amerika ist es genau andersherum.

DIE WELT: Wir sehen schon, was Trump angeht, bleiben Sie gelassen. Fürchten Sie gar nichts an seiner Politik?

Richenhagen: Doch, ganz klar, Trumps Protektionismus macht uns Angst. Wie das unser Geschäft kaputt machen kann, erleben wir gerade in der Türkei. Dort haben wir ein Werk und sind jetzt qua Dekret von Erdogan gezwungen, das Geschäft komplett zu lokalisieren. Das ist in einer globalen Welt natürlich ein Desaster, das muss auch Trump verstehen.

DIE WELT: Der Freihandel wird auch auf dem G-20-Gipfel Thema sein, genauso wie die Situation in Afrika.

Richenhagen: Es ist toll, dass Merkel Afrika zum Thema macht. Ich habe schon vor fünf Jahren gesagt, dass Politik und Wirtschaft die ethische Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, dass alle Menschen auf der Welt zu essen, Wohnung und Job haben und alle Kinder eine Ausbildung. Wenn wir das schaffen, kriegen wir auch das Flüchtlingsproblem gelöst, wenn wir es nicht schaffen, dann werden die Menschen hierherkommen; da können wir machen, was wir wollen. Es hat einige Jahre gedauert, aber jetzt hat auch die Politik das verstanden.

DIE WELT: Wie wichtig ist Afrika denn für Ihr Unternehmen?

Richenhagen: Wir machen heute in Afrika 150 Millionen Dollar Umsatz, aber wir könnten dort innerhalb der nächsten fünf Jahre auf eine Milliarde Dollar Umsatz und mehr kommen. Der Kontinent hat gewaltiges Wachstumspotenzial für uns; dort liegen 60 Prozent der weltweiten Reserven an Ackerland, und Afrika hat die richtigen klimatischen Bedingungen. Heute leben dort eine Milliarde Menschen; in nur 20 Jahren werden es doppelt so viele sein.

DIE WELT: Was braucht denn die Landwirtschaft dort?

Richenhagen: Die brauchen alles. Die Landwirtschaft in Afrika ist bis auf wenige Ausnahmen noch gar nicht mechanisiert, und die Bauern produzieren auf ganz kleinen Flächen nur das, was die eigene Familie braucht. Schlechte Ernten sind für solche Betriebe natürlich verheerend. Wir können ihnen aber helfen, so viel zu produzieren, dass sie einen Teil verkaufen und dann aus den Erlösen auch wieder investieren können. Davon haben die Bauern etwas und wir auch. Ehrlich gesagt, hat man in der Wirtschaft selten Gelegenheit, Geld für die Aktionäre zu verdienen und gleichzeitig etwas Gutes zu tun für die Menschen. Deshalb ist Afrika so ein tolles Projekt.

DIE WELT: Das klingt toll, wenn nicht der Klimawandel wäre. Wenn die Hochrechnungen stimmen, werden die Afrikaner mit am stärksten darunter leiden. Mit seinem Ausstieg aus dem Klimaabkommen stößt Trump denn auch nicht nur die Welt vor den Kopf, sondern wahrscheinlich auch viele Menschen ins Elend.

Richenhagen: Natürlich, der Ausstieg aus dem Pariser Abkommen ist das völlig falsche Signal. Es ist ein riesiger weltpolitischer Fehler, wenn eine der führenden Industrienationen sagt, wir machen da nicht mit. Trump muss klar gewesen sein, dass er damit das Bild von den USA in der Welt schwer beschädigt. Aber er löst damit ein Wahlversprechen ein.

DIE WELT: Sie stellen Landmaschinen her. Wie verändert der Klimawandel Ihr Geschäft?

Richenhagen: Wir stellen fest, dass es viel mehr ungewöhnliche Wetterphänomene gibt und viel mehr Abweichungen von der Norm. Im Juni zum Beispiel hat es in Colorado geschneit, und gestern gab es einen Tornado in Hamburg; das ist natürlich schlecht für das Getreide, das gerade wächst.

... Vor zwei Jahren gab es in Frankreich und Spanien eine große Trockenheit; danach sind unsere Erlöse dort richtig abgesackt.

DIE WELT: Können Sie denn beziffern, was der Klimawandel Ihr Unternehmen kostet?

Richenhagen: Nein, die wirtschaftlichen Effekte des Klimawandels können wir nicht beziffern, auch weil er rund um den Globus abläuft und sowohl positive als auch negative Effekte hat. Mal fällt irgendwo eine Ernte aus, dann läuft es woanders wieder besser; irgendwo gleicht sich das für uns aus. Diese höhere Volatilität schadet aber eigentlich allen, und ich kenne niemanden, der vom Klimawandel profitiert. Übrigens auch Trump selbst nicht. Seine Klimapolitik führt dazu, dass sein wunderschönes Anwesen in Palm Beach 20 Zentimeter unter Wasser stehen wird, weil es direkt am Strand liegt. Das hat er davon.

DIE WELT: Glauben Sie denn, dass er sich politisch über Wasser halten können? In Washington scheint ihm ja ein ziemlicher Gegenwind entgegenzublasen.

Richenhagen: Ach, hier in Deutschland wird ständig diskutiert, ob Trump des Amtes enthoben wird. Ich glaube nicht, dass das passiert; ... Und dass er die Leute in Washington aufregt, ist klar. Menschen, die ganz nah dran an der Politik sind, sagen mir, dass Washington ein katastrophaler Wasserkopf ist. Um das dort auf die Reihe zu bekommen, brauche man einen Metzgertyp oder Grobschmied, der da rumholzen kann und dem völlig egal ist, ob das eigene Image leidet oder nicht. Und Trump ist so ein Typ. ...

DIE WELT: Und Macron?

Richenhagen: Der muss erst noch beweisen, dass er die Reformen, die er verspricht, wirklich umsetzen kann. Es hat mich auf jeden Fall gefreut, dass er Le Pen geschlagen hat. Er hat übrigens vor vielen Jahren mal ein Praktikum bei uns gemacht. Er kann mich auf jeden Fall anrufen, wenn er Fragen zur Landwirtschaft hat.

ZEIT - 6. Juli 2017, Alexandra Endres:

G20 und Afrika: "Ich erwarte vom Westen keine Hilfe"

Die Pläne der G20 könnten Afrika zu dringend nötigen Investitionen verhelfen, sagt Ökonom Robert Kappel. Doch den Armen und der Landbevölkerung bringen sie wohl nichts.

ZEIT ONLINE: Herr Kappel, die G20 wollen die afrikanischen Länder in der Armutsbekämpfung unterstützen. Ein zentrales Instrument dafür ist der Compact with Africa – ein Plan, der ausgerechnet den ärmsten Ländern nichts bringe, sagen Sie. Was genau funktioniert da nicht?

Robert Kappel: Der Compact with Afrika (CWA) konzentriert sich auf große Infrastrukturprojekte in wirtschaftlich schon relativ entwickelten Ländern. Er will zum Beispiel eine Schnellstraße zwischen Nairobi und Mombasa finanzieren, oder Staudämme im südlichen Afrika. Er will die urbanen Zentren vernetzen und besser durch Verkehrswege, Elektrizität, Trinkwasser, Häfen und Flughäfen erschließen.

Dahinter steckt die Idee, dass in den Städten am ehesten Wirtschaftswachstum entsteht. Prinzipiell ist das auch gut, es gibt da unglaubliche Defizite. Aber Armut ist in Afrika ländlich.

ZEIT ONLINE: Das bedeutet, innerhalb Afrikas vergisst der CWA die armen Länder, die Fortschritte besonders nötig hätten – und in den Ländern, die er nicht vergisst, ignoriert er die armen ländlichen Regionen?

Kappel: Das kann man so sagen.

ZEIT ONLINE: Wie kommt es dazu?

ROBERT KAPPEL

ist emeritierter Präsident und Senior Research Fellow des GIGA German Institute für Global and Area Studies in Hamburg. Der Schwerpunkt seiner Forschungsarbeit liegt auf der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas, der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und der Verbindung lokaler Wertschöpfungsketten mit globalen Finanz- und Warenströmen.

Kappel: Der Compact ist ein Papier der Finanzminister, die sich vor allem gefragt haben, wie sie das Kapital lockermachen können, das gebraucht wird, um die Großprojekte zu finanzieren. Es geht um enorme Summen: Man schätzt, dass jährlich 100 Milliarden Dollar investiert werden müssten, und zwar zehn bis 15 Jahre lang, damit die Infrastruktur auf dem afrikanischen Kontinent ungefähr auf den Stand von Südostasien kommt. Nur um die wesentlichen Dinge auszubauen, also Elektrizität, Straßen, Wasserverbindungen, das urbane Transportsystem und den Transport auf dem Land, Häfen und Flughäfen.

Weil öffentliche Kassen das nicht stemmen können, sucht man nun private Investoren, die ihr Geld langfristig anlegen möchten: Pensionsfonds zum Beispiel und Lebensversicherer, unter ihnen auch die Allianz oder die großen amerikanischen

Rentenfonds. Die aber werden nur in Afrika investieren, wenn sie eine bestimmte Rendite vergleichsweise sicher in Aussicht haben. In den armen Ländern können sie die nicht erwarten. Die Dokumente des CWA zeigen, dass den Investoren eine Verzinsung von 4 bis 4,5 Prozent garantiert werden soll. Das ist sehr hoch.

ZEIT ONLINE: Wenn es darum gehen soll, den Armen zu helfen, müssten die G20 sich doch zunächst einmal mit der aktuellen Hungerkatastrophe in Südsudan, Nigeria, Jemen und Somalia befassen. Doch die bleibt merkwürdigerweise unbeachtet.

Kappel: Niemand hat Interesse, über Hunger zu sprechen. Deshalb fehlt den Hilfsorganisationen dort das Geld. Um dagegen etwas zu unternehmen, müssten die G20 jetzt, kurz vor dem Gipfel, noch eine völlig andere Richtung einschlagen. Das wird aber wohl nicht passieren. Und wenn dann Argentinien die G20-Präsidentschaft übernimmt, wird Afrika auf der Themenliste wieder nach unten rutschen.

Hunger kommt im Kosmos der G20-Finanzminister überhaupt nicht vor, auch nicht die Armut. 400 Millionen Menschen sind in Afrika inzwischen arm und es werden immer mehr. Die Wüste breitet sich aus, die Zahl der Hitzewellen steigt. Aber für soziale Fragen und Umweltthemen interessieren sich die Finanzminister nicht. Sie bräuchten einen ethischen Kodex.

ZEIT ONLINE: Wie hoch schätzen Sie die Chance ein, dass die geplanten Infrastrukturprojekte, also die Straßen, Dämme, Stromleitungen und Häfen tatsächlich gebaut werden?

Kappel: Die Projekte werden seit fünf bis acht Jahren immer weiter entwickelt. Jetzt geht es um ihre Finanzierung. Wenn die Investoren kommen, ist die Chance gut. Ich finde den Ansatz, die Privaten ins Boot zu holen, wenn öffentliche Gelder nicht ausreichen, auch völlig in Ordnung. Vermutlich ist das die einzige Möglichkeit, das Problem grundsätzlich angehen zu können.

ZEIT ONLINE: Trotzdem sehen Sie den Compact withAfrica sehr kritisch. Warum?

Kappel: Weil die Finanzierung nur einer von drei Schwerpunkten des CWA ist. Eine andere ist die makroökonomische Komponente. Die ist wichtig, denn um Straßen, Dämme und Häfen bauen zu können, werden sich die afrikanischen Länder ja verschulden – und da muss man die Rahmenbedingungen möglichst so setzen, dass sie durch die neuen Kredite nicht in eine Schuldenkrise rutschen.

Der Compact verlangt also Haushaltsdisziplin, Strukturanpassungsreformen, Inflationsbekämpfung. So wie früher in den neunziger Jahren – und ganz so, als hätte es die vielen Länder, in denen die reinen Stabilitäts- und Strukturanpassungsprogramme damals gescheitert sind, gar nicht gegeben. Er ignoriert soziale Fragen. Es interessiert ihn nicht, ob seine Vorgaben die Armut womöglich noch verstärken. Und er lässt Umweltprobleme völlig außen vor.

ZEIT ONLINE: Dabei haben die Vereinten Nationen vor anderthalb Jahren neue nachhaltige Entwicklungsziele verabschiedet. Spielen die für die G20 gar keine Rolle?

Kappel: Nicht für den Compact withAfrica, und offenbar nicht für die Finanzminister, die vor allem Budgetfragen im Blick haben. Die Nachhaltigkeitsziele kommen in dem Dokument gar nicht vor. Das spiegelt ein ganz enges Verständnis von Entwicklung und es fällt hinter manches zurück, was in vielen anderen Diskussionen – auch innerhalb der Weltbank und des IWF – schon erreicht schien. Umwelt, Arbeitsplätze, Armut: All das ignoriert der CWA.

Wie genau können die internationalen Investitionen dem lokalen Unternehmertum helfen?

Dabei müsste er sich genau darum kümmern und viel besser erklären: Wie können die internationalen Investitionen dem lokalen Unternehmertum helfen? Wie können die Bauern davon profitieren? Was will man tun, um die Verbindung herzustellen zwischen den großen ausländischen Investoren und der lokalen Wirtschaft, die vor allem aus kleinen und mittleren Betrieben besteht? Wie vernetzt man Stadt und Land? Das fehlt völlig. Der Compact spiegelt die Sicht der Finanzmärkte, von vorne bis hinten. Das ist ein großer Mangel.

ZEIT ONLINE: Sie sprachen von drei Schwerpunkten des Compact. Was ist mit dem dritten?

Kappel: Der fordert, dass die Behörden effizienter und transparenter arbeiten sollen, damit die großen Projekte gut umgesetzt werden können und den Unternehmen allgemein nicht mehr so viele Hindernisse in den Weg gelegt werden. Es geht darum, dass Regeln für alle gelten müssen und für alle klar sein muss, auf welcher Grundlage die Behörden entscheiden. Das ist ein wichtiger Punkt, viele afrikanische Staaten sind damit überfordert. Aber auch hier bleibt der CWA sehr unkonkret. Er will die Wirtschaft fördern. Aber er kümmert sich nicht um die Frage, auf welche Art die großen, von ihm unterstützten Infrastrukturprojekte genau das tun könnten.

Der Plan ist wie eine Schablone, die unterschiedslos auf alle afrikanischen Länder angewandt werden soll. Stellen Sie sich vor, was für einen Aufschrei es gäbe, wenn der IWF einen Report über Europa schriebe und behandelte darin Sizilien genauso wie Norwegen. Das kann man nicht machen, man muss differenzieren.

ZEIT ONLINE: Wie ginge es besser?

Kappel: Man müsste zuerst in jedem Land schauen, wo die größten Probleme stecken und wo die Chancen auf Entwicklung. Dann überlegen: Mit welchen Investitionen kann man die größte Wirkung für die örtlichen Bauern und Unternehmen erzielen? Was wollen die ausländischen Investoren? Und wie kann man das mit den lokalen Wertschöpfungsketten zusammenführen? Dann geht es sehr schnell um ganz konkrete Fragen: Brauchen wir Solarzellen oder Stromleitungen? Wie kriegt man es hin, dass die Bauern ihre Ernte endlich auf den Markt bringen können, statt zu Hause zusehen zu müssen, wie sie verfault? Bringt Tourismus dem Land Fortschritt? Leider denken die Autoren des CWA genau andersherum, nämlich von oben nach unten.

ZEIT ONLINE: Womöglich lässt der Rahmen des Compact den einzelnen afrikanischen Ländern ja ausreichend Freiheit, um ihre eigene Politik zu verwirklichen.

Kappel: Das wird man sehen müssen. Die Elfenbeinküste, Marokko, Ruanda, Senegal und Tunesien wollen auf Basis des CWA eigene Pläne entwickeln. Das sind sehr unterschiedliche Länder. An ihren Beispielen wird man sehen können, wie gut die Differenzierung gelingt.

ZEIT ONLINE: Der Compact ist nicht das einzige Papier, das unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika neu regeln will. Was ist mit den anderen?

Kappel: Es gibt zusätzliche Pläne der deutschen Regierung, aus dem Wirtschafts- und aus dem Entwicklungsministerium. Die sind etwas näher an den lokalen Verhältnissen dran. Aber sie werden innerhalb der G20 gar nicht diskutiert.

ZEIT ONLINE: Es gibt afrikanische Entwicklungsstrategien, die auf den lokalen Verhältnissen aufbauen, zum Beispiel die African Unions Agenda 2063. Warum werden sie nicht umgesetzt?

Kappel: Einige Länder sind da sehr aktiv, zum Beispiel die Elfenbeinküste, Kenia, Senegal, Ruanda und Äthiopien. In Lagos und Nairobi wächst die Mittelschicht. Damit entsteht eine neue Nachfrage nach Konsum- und anderen Gütern, und es werden Unternehmen gegründet, die diese Nachfrage bedienen: Textilbetriebe, Nahrungsmittelfabrikanten, Mittelständler, die Solaranlagen bauen. Dort verändert sich was.

Das sollte viel mehr Beachtung finden, denn endlich entsteht eine wirtschaftliche Dynamik von innen – und ich glaube, nur durch sie entstehen Arbeitsplätze und schaffen die Menschen es, der Armut zu entkommen. Nicht durch große Investitionen von außen.

ZEIT ONLINE: Was ist mit den anderen Ländern?

Kappel: In vielen haben wir es mit einem Versagen der Eliten zu tun. Sie haben kein Interesse daran, die Landwirtschaft zu fördern oder den Armen zu helfen. Sie leben in der Stadt, können sich vieles leisten und vieles entscheiden, bereichern sich. Das ändert sich nur sehr langsam. Und während die Städte boomen, wird die Kluft zum Land immer breiter. Nur zehn Kilometer außerhalb von Nairobi beispielsweise hängen die Jugendlichen auf der Straße herum, haben weder Arbeit noch eine Aussicht darauf – und auch keine Perspektive, dass die Mächtigen daran je etwas ändern. Das ist der Grund, warum so viele weggehen.

ZEIT ONLINE: Kann der CWA dazu beitragen, diesen Leuten eine Perspektive zu verschaffen?

Kappel: Natürlich wird er Effekte erzeugen. Straßen zu bauen bringt Tausende Jobs – allerdings nur für zwei oder drei Jahre. Ein Strohfeuer. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird sich nur über einen langen Zeitraum lösen lassen und nur, wenn es gelingt, die großen Infrastrukturprojekte doch noch so anzulegen, dass die lokalen Unternehmer und kleinen Bauern auch etwas davon haben.

ZEIT ONLINE: Wie gut schätzen Sie die Chancen einer solchen positiven Entwicklung ein?

Kappel: Ich denke, die Krise wird noch schlimmer werden. Die Jugendarbeitslosigkeit wird weiter steigen, und die Umweltkatastrophen werden noch mehr Verheerungen anrichten. Ich erwarte vom Westen keine Hilfe. Sie muss von innen kommen, und in vielen Ländern gibt es Jugendbewegungen oder Nichtregierungsorganisationen, die aufbegehren. Am Ende wird es wohl einige Länder geben, die gut funktionieren. Die anderen aber werden noch weiter zurückfallen.

ZEIT – 5.7.2017 – Petra Schinzler und Mark Schieritz:

Entwicklungshilfe: "Ich würde alle Projekte stoppen"

Der Ökonom Carlos Lopes hält von Entwicklungshilfe wenig. Vor dem G20-Gipfel wirbt er stattdessen für Investitionen in Afrika.

DIE ZEIT: Herr Lopes, die Bundesregierung will Afrika zum Schwerpunkt des G20-Gipfels machen. Was halten Sie davon?

Carlos Lopes: Es ist toll, dass Afrika endlich mehr Aufmerksamkeit bekommt, aber das Gerede von einem Marshallplan für Afrika ist lächerlich.

ZEIT: Ein Begriff, der auf den deutschen Entwicklungsminister Gerd Müller zurückgeht. Warum passt Ihnen das Vorhaben nicht?

Lopes: Der Marshallplan sollte Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufbauen. Sein Volumen belief sich auf etwa acht Prozent der amerikanischen Wirtschaftsleistung. Nimmt man das als Maßstab, würde das Geld gerade mal für Nigeria reichen. Das ist nicht das einzige Problem: Der Plan hilft einzelnen Ländern, das spaltet den Kontinent. Es wäre viel wichtiger, die Integration Afrikas voranzutreiben, einen gemeinsamen Markt zu schaffen.

ZEIT: Was würden Sie sich stattdessen wünschen?

Der Ökonom Carlos Lopes stammt aus Guinea-Bissau und war bis 2016 Generalsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika. © PR

Lopes: Fragen Sie zur Abwechslung die Afrikaner vorher. Die würden mit ihrer eigenen Agenda 2036 antworten, die im Rahmen der Afrikanischen Union erarbeitet wurde. Sie beschreibt, wie sich die Länder selbst entwickeln wollen. Das sollte man unterstützen. Wir brauchen nicht ständig neue Initiativen von außen. Es würde schon helfen, wenn man uns nicht immer neue Steine in den Weg legte. Seit der Finanzkrise sind beispielsweise die Regeln für die Kreditvergabe strenger geworden. Folglich dürfen die Banken heute viel weniger Risiken eingehen und ziehen sich deswegen aus Afrika zurück.

ZEIT: Die Bundesregierung will Länder fördern, deren Regierungen fortschrittlich sind, um Anreize für Reformen zu setzen. Warum ist das falsch?

Lopes: In den neunziger Jahren haben das auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds versucht. Es hat nicht funktioniert. Sie können einem Land nicht von außen etwas aufzwingen.

ZEIT: Fänden Sie es in Ordnung, wenn deutsche Firmen Geschäfte machen in Ländern, in denen die Menschenrechte nicht eingehalten werden?

Lopes: Ach, wissen Sie, europäische Debatten dieser Art werden heute in Afrika oft als scheinheilig und paternalistisch empfunden. Ich bin sehr dafür, dass die Zivilgesellschaft Afrikas unterstützt wird. Aber im Wirtschaftsleben haben solche Dinge nichts verloren. Ein privater Investor kalkuliert ganz kühl, ob sich ein Engagement für ihn rentiert. Wir sollten ihm diese Entscheidung überlassen.

ZEIT: Würden Sie heute in Afrika investieren?

Lopes: Die Rendite ist nirgends auf der Welt so hoch wie in Afrika, denn der Kontinent wurde von Investoren lange vernachlässigt. Wo würden Sie ein neues Restaurant eröffnen? In der Straße, in der es schon 50 andere gibt, oder dort, wo es keines gibt?

ZEIT: Jedenfalls nicht dort, wo es kaum Strom gibt, die Regierung einen enteignen kann oder Krieg droht.

Lopes: In manchen Gegenden Afrikas fließt Strom. Und in einer Stadt wie Lagos ist auch noch die Kaufkraft hoch, viel höher als beispielsweise in Mumbai. Die meisten Investoren glauben, dort ein leichteres Geschäft machen zu können – weil es scheinbar sicherer ist. Dabei werden in Indien mehr Menschen vertrieben als in den meisten Gegenden Afrikas.

ZEIT: Afrika ist also ein bislang unbekanntes Paradies für Investoren?

Lopes: Natürlich gibt es Krisen, und sicher ist es in manchen Ländern schwierig, ein Unternehmen zu betreiben. Aber es stimmt auch etwas mit der Risikowahrnehmung nicht. Nehmen Sie die Berichterstattung über Ebola. Die Seuche betraf einen winzigen Teil Afrikas, doch alle Welt fürchtete, dass sie auf dem ganzen Kontinent wütete. Die Weltbank warnte vor einem ökonomischen Schaden von 23 Milliarden Dollar, am Ende waren es nur drei Milliarden.

ZEIT: Warum sollten Hilfsorganisationen wissentlich übertreiben?

Lopes: Um Hilfsgelder zu mobilisieren, also aus einer ehrenwerten Motivation. Aber man kann leider aus guten Gründen viel Falsches bewirken, denn so entsteht das düstere Bild von Afrika. Das wiederum verhindert, dass investiert wird. Gerade passiert Ähnliches: Die UN warnt, dass wir in Afrika die schlimmste Hungerkatastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg erleben. Das ist nicht wahr. Es gab in den letzten Jahrzehnten fünf schlimmere Katastrophen. Da wird gelogen, um Spenden zu mobilisieren. Afrika geht es besser, als viele glauben.

ZEIT: Inwiefern?

Lopes: Die Statistiken unterschätzen die Wirtschaftskraft systematisch. Als Nigeria seine Daten kürzlich auf einen modernen Stand brachte, zeigte sich, dass die Wirtschaft größer ist als die von Südafrika. Das Gleiche gilt für Ägypten. Deshalb sollten neben Südafrika wenigstens Nigeria und Ägypten bei der G20 mit am Tisch sitzen, dazu die Afrikanische Union. Die EU ist schließlich auch dabei.

ZEIT: Europa verfügt auch über einen hoch entwickelten Industriesektor. In Afrika bedeutet Wirtschaft vor allem: Abbau von Bodenschätzen.

Lopes: Auch das ist ein Vorurteil: Die Einkünfte durch Rohstoffe machen gerade mal sechs Prozent der Wirtschaftskraft Afrikas aus. Das Problem ist, dass viele Regierungen ihren Haushalt aus Rohstoffeinnahmen finanzieren, Angola zum Beispiel. Deshalb ist es wichtig, dass die Afrikaner ihre Steuersysteme modernisieren. Da könnte der Westen etwas tun. Ich würde alle Entwicklungshilfeprojekte stoppen. Helfen Sie afrikanischen Regierungen lieber, endlich zuverlässig Geld einzunehmen!

ZEIT: Ist das nicht schon oft versucht worden?

Lopes: Ja. Aber es gibt viel zu viele Projekte und Bedingungen. Das überfordert die Regierungen der ganz armen Länder. Man sollte sich auf eine Sache konzentrieren und die dann richtig machen. Das ist heute leichter als früher: Durch die Digitalisierung könnten sie viel leichter Steuerbetrug verfolgen.

ZEIT: Wollen die Regierungen das überhaupt?

Lopes: Alle wissen, was passieren müsste. Manchen fehlt aber der Ehrgeiz, manche würden gerne etwas verändern, können es aber nicht allein. Und dann gibt es die, die wirklich etwas tun. Die ihr eigenes Ding machen. Äthiopien zum Beispiel, Namibia, der Senegal, die Elfenbeinküste und Marokko.

ZEIT: Ein Teil der deutschen Hilfe für Afrika soll die Auswanderung stoppen. Ist das falsch gedacht?

Lopes: Völlig falsch. Jede Region, in der die Wirtschaft wächst, zieht Menschen an. Und die Menschen in Afrika kriegen das mit, denn es gibt dort heute mehr Handys als in Europa. Und sie wissen, dass sie ein Recht haben, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Ich würde mir natürlich wünschen, dass eher die schlecht Qualifizierten auswandern. Aber so funktioniert der Arbeitsmarkt eben nicht, die mit einer Ausbildung können leichter auswandern. Doch auch das kann positive Folgen haben – wenn sie wieder zu Hause investieren.

ZEIT: Was wünschen sie sich von der G20?

Lopes: Die G20 durchläuft den gleichen Prozess wie die meisten Institutionen: Sie weitet ihre Zuständigkeiten aus. Anfangs legte sie nur neue Regeln für die Finanzmärkte fest. Dann versuchte sie, das Wachstum anzukurbeln. Dann sollte sie die Finanzpolitik koordinieren. Hat sie das geschafft? Nein! Warum also redet sie jetzt auch noch über alle anderen Probleme der Welt?

ZEIT: Weil man das in kleinem Kreis besser kann.

Lopes: Ich gebe zu: Wenn weniger um den Tisch sitzen, dann kann das zu besseren Ergebnissen führen. Aber was hat die G20 denn erreicht?

ZEIT: Sie hat zum Beispiel Maßnahmen beschlossen, die Steuerspartricks von Unternehmen eindämmen sollen.

Lopes: Das klingt wunderbar, wenn es denn umgesetzt würde. Aber nennen Sie mir ein Unternehmen, das seine Steuer gegen null "optimiert" hat und dem deswegen irgendetwas passiert ist.

Volksstimme – 6.7.2017- Holger Manigk:

LUTHERJAHR 2017

Reformator predigt gegen Bauernaufstand

In der Kirche St. Martini in der Europastadt Stolberg (Landkreis Mansfeld-Südharz) predigte am 21. April 1525 der Reformator Martin Luther gegen die aufständigen Bauern, welche unter der Führung des 1489 in Stolberg geborenen Bauernführer Thomas Müntzer standen. Foto: Waltraud Grubitzsch/dpa

In Stolberg im Südharz wirkten Martin Luther und Thomas Müntzer. Mit dem Anführer der Bauernaufstände stand der Reformator auf Kriegsfuß.

Stolberg | Die St. Martinikirche in Stolberg (Landkreis Mansfeld-Südharz) erinnert daran, dass Martin Luther ein Gegner der Bauernaufstände war. Luther reformierte zwar die Kirche, wollte aber nicht an der weltlichen Ordnung rütteln. Der Reformator

predigte 1525 in der St. Martini-Kirche in Stolberg gegen die Bauernaufstände, die Thomas Müntzer anführte. Laut der Deutschen Stiftung Denkmalschutz sprach Luther "wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern [...] man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund erschlagen muss." Der gebürtige Stolberger Müntzer prangerte soziale Missstände an, verlor 1525 mit den Bauern den Bürgerkrieg gegen den Adel und seinen Kopf.

Süddeutsche Zeitung - 5. Juli 2017 – Nico Fried **Tiere und Politik Merkels Koalitionspartner**

Mit Hühnern wuchs sie auf dem Waldhof in Templin auf, später ließ Putin seinen Hund auf Angela Merkel los - und jetzt kommen die Pandas. Über die Kanzlerin und ihr Verhältnis zu Tieren.

Tiere spielten im Leben der Kanzlerin schon immer eine Rolle. Auf dem Waldhof in Templin, wo [Angela Merkel](#), geborene Kasner, aufwuchs, stakten auch Hühner übers landwirtschaftliche Gelände. Wie sehr das Federvieh das Denken der Regierungs- und CDU-Chefin bis heute prägt, lässt sich daran erkennen, dass Merkel erst am vergangenen Montag zuletzt auf diese frühkindliche Erfahrung rekurrierte: Als der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer vom blinden Vertrauen berichtete, das er mittlerweile wieder in die Kanzlerin habe, antwortete Merkel auf die Frage, wie es sich umgekehrt verhalte: "Das mit dem blinden Vertrauen ist ja nicht nach dem Motto, auch ein blindes Huhn findet mal ein Korn."

Der Satz, dass die Kanzlerin wisse, wovon sie rede, wird nicht immer mit so viel Berechtigung geschrieben wie in diesem Fall - genau so freilich wie der Satz, dass nicht ganz klar ist, was Angela Merkel damit eigentlich sagen wollte. (...)

<http://www.sueddeutsche.de/panorama/tiere-und-politik-panda-angela-merkel-und-co-1.3573214>

Hypnotisierende Schafherden:

<http://ze.tt/diese-schafherden-von-oben-werden-dich->

hypnotisieren/?utm_campaign=ref&utm_content=zett_zon_parkett_teaser_x&utm_medium=fix&utm_source=zon_zettaudev_int&wt_zmc=fix.int.zettaudev.zon.ref.zett.zon_parkett.teaser.x

**Workshop: “Megaställe verhindern:
kommunales Einvernehmen / Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kommune erfolgreich nutzen”**
am Mo. den 17.07.2017 um 19:00 Uhr

Liebe Aktive gegen die Massentierhaltung in Brandenburg,

im Rahmen der Kampagne "Stoppt den Megastall!" wollen wir gern mit einer regelmäßigen Gesprächsreihe Aktive in Brandenburg zusammenbringen, die gegen Massentierhaltung und ganz konkrete Bauvorhaben bzw. Stallanlagen kämpfen.

Deshalb wollen wir gern zu einem Gedankenaustausch / Workshop einladen zum Thema "Kommunales Einvernehmen / Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kommune erfolgreich nutzen“.

- **Workshop** zum Thema: “Megaställe verhindern: kommunales Einvernehmen / Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kommune erfolgreich nutzen”
- **Wann:** Montag, den 17.07.2017 um 19:00 Uhr
- **Wo:** Fördergemeinschaft ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V. (FöL) - Marienstraße 19/20 - 10117 Berlin-Mitte (Nähe S-Friedrichstraße) - HH 4OG
- **Wer:** Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg / Kampagne “Stoppt den Megastall!”
- **Kostenfrei**
- **Anmeldung** bitte unter: bund.brandenburg@bund.net

Unsere Instrumente gegen Megaställe sind meist Einwendungen, Widersprüche und Klageverfahren. Damit nicht immer z.B. jede Bürgerinitiative für sich allein gegen die Strukturen der Agrarindustrie ankämpfen muss, wollen wir unseren Erfahrungsschatz zusammentragen und gemeinsam die besten Strategien, Tricks und Kniffe weiterentwickeln.

In unseren Reihen haben wir einige Bürgerinitiativen, die z.B. erfolgreich auf die Kommunalvertreter eingewirkt haben, das sogenannte “kommunale Einvernehmen” zu versagen. Warum dieser Schritt so wichtig ist, welche Rolle er im Genehmigungsverfahren spielt und wie das Genehmigungsverfahren überhaupt zu beeinflussen ist, erklären wir gern auch „Neulingen“, in dem wir uns die Erfahrungen aus unseren Verfahren zu Nutze machen.

Stoppt den Megastall ist eine Kampagne des Aktionsbündnisses Agrarwende Berlin-Brandenburg. Die Kampagne will die verschiedenen Akteure, die in Brandenburg gegen Massentierhaltungsanlagen kämpfen, vernetzen und für einen Erfahrungsaustausch sorgen. Neben einem optimalen Wissenstransfer möchte sie den Einzelfall landesweit bekannt machen und für die Verhinderung einer konkreten Anlage eine landesweite Öffentlichkeit mobilisieren. Dazu richtet sie ein Monitoring über Massentierhaltung in Brandenburg ein, stellt einzelne Verfahren mit einem Profil auf der Kampagnenseite dar und berichtet

regelmäßig über die Verfahren und relevante Themen. Die Kampagnenarbeit wird von der Bewegungstiftung gefördert.

Infos und Kontakt:

Kampagne "Stoppt den Megastall!"
Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg
% BUND Brandenburg
Friedrich-Ebert-Straße 114a
14467 Potsdam
Tel. 0331-237 00 141
Mail: bund.brandenburg@bund.net

Die Kampagne im Netz: <https://www.volksbegehren-massentierhaltung.de/stoppt-den-megastall/>

Pressemitteilung vom 6. Juli 2017

Agrarinvestitionen und Landgrabbing

22 Uhr: ARD-Beitrag „G20-Gipfel: Wer profitiert vom Marshall-Plan für Afrika?“

Die ARD-Sendung „Monitor“ geht heute Abend der Frage nach, welche Auswirkungen die verstärkte Zusammenarbeit der staatlichen Entwicklungshilfe mit Finanz-Investoren und großen Agrarunternehmen hat. Hintergrund: Die Bundesregierung setzt immer mehr auf private Investoren zur Hungerbekämpfung. Häufig werden öffentliche und private Gelder gemeinsam in Infrastruktur- oder Agrarprojekte in Ländern des Südens investiert. Der Aufbau von Mega-Farmen mit oftmals mehreren Tausend Hektar Größe führt jedoch immer wieder zu Landkonflikten und Vertreibungen. Sieben der Top-10-Herkunftsländer, aus denen problematische Investitionen stammen, sind G20-Staaten, allen voran die USA, aber auch Brasilien, China oder Großbritannien.

Roman Herre, Agrar-Referent von FIAN Deutschland: „Gerade bei großen Agrarprojekten gilt: Nirgends sind die hierfür benötigten Flächen ungenutzt. Ländliche Bevölkerungsgruppen verlieren mit dem Landzugang ihre Existenzgrundlage, so dass sich die Hungerproblematik noch weiter verschärft.“ In Entwicklungsländern werden mindestens 70 Prozent der Nahrungsmittel von kleinbäuerlichen Betrieben produziert. Zugleich leben drei von vier hungernden Menschen auf dem Land. „Maßnahmen, welche die Rahmenbedingungen kleinbäuerlicher Investitionen verbessern, haben daher die mit Abstand größte Wirkung auf die Ernährungssicherheit“, so Herre weiter.

Global gesehen gibt es so viele Landwirte wie nie zuvor. In vielen Ländern sind 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft tätig. Ein menschengemachter Strukturwandel, der einseitig große Agrarkonzerne fördert, vernichtet Millionen von Arbeitsplätzen. Agrarinvestitionen müssen daher zum einen die Ernährungssicherheit verbessern, zum anderen die Beschäftigungssituation des gesamten Sektors im Blick haben – sonst sind Arbeitslosigkeit und Migration

vorprogrammiert. Eine menschenrechtliche Herangehensweise verlangt zudem, die Ärmsten besonders zu fördern und einzubinden. Positive Beispiele hierfür gibt es viele: Der Aufbau eines unabhängigen Saatgutnetzwerks auf den Philippinen, das System der Reisintensivierung in afrikanischen und asiatischen Ländern oder die staatlichen Abnahmeprogramme in Brasilien zeigen, dass die Politik nicht machtlos ist. Allein der politische Wille fehlt oft.

Roman Herre abschließend: „Das Ziel der Entwicklungspolitik muss eine lebendige kleinbäuerliche Landwirtschaft sein, die lokale Wertschöpfung und Kreisläufe stärkt. Mit der internationalen Finanzwelt und ohnehin mächtigen Unternehmen setzt die G20 jedoch auf das falsche Pferd, da diese nicht den lokalen Kreislauf, sondern die Extraktion von Gewinnen in ihrer DNA tragen.“

Hier finden Sie ca. eine Stunde nach der Sendung das Video: <http://bit.ly/2uMMNOJ>.

Kontakt: Roman Herre, FIAN Deutschland, Tel.: 0221 800 8790, E-Mail: r.herre@fian.de

Weitere Links:

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/duengen-wie-die-daenen>

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/tierschutz-im-supermarkt-einkaufen-mit-gutem-gewissen/20031806.html>

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-07/eu-japan-freihandelsabkommen-jefta-kritik>

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Aus rechtlichen Gründen folgende Information: Durch Auswahl eines Links verlassen Sie unseren Newsletter / unsere Website und gelangen auf die Internet-/ Website eines anderen Anbieters. Diese Seiten sind nicht Bestandteil unseres Newsletters / unserer Website. Für die Inhalte dieser Seiten sind wir nicht verantwortlich. Insbesondere auch nicht für mögliche dortige Markenschutzverletzungen. Als einen Link definieren wir hierbei grundsätzlich ALLE Hyperlinks dieser Site, bei denen sich ein NEUES Browser-Fenster öffnet!

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de

